

ZA-Information 20

Mai 1987

**Dieses Dokument wurde von einer gedruckten Vorlage eingescannt
und mit einer OCR-Software weitgehend automatisch bearbeitet.
Kleinere Übertragungsfehler sind daher möglich.**

ZA-Information 20

Mai 1987

Herausgeber:
Zentralarchiv für empirische Sozialforschung
Universität zu Köln

Direktor: Prof. Dr. E. K. Scheuch
Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. E. Mochmann
Bachemer Straße 40
5000 Köln 41
Telefon: 0221 / 444086 oder 0221 / 4703155

Redaktion:
Franz Bauske

ISSN-0723-5607

Die ZA-INFORMATION erscheint jeweils im Mai und November eines Jahres.
Sie wird kostenlos an Interessenten und Benutzer des Zentralarchivs abgegeben.

inhalt

ZA-Information 20

Mai 1987

Mitteilungen der Redaktion. Seite 4

Berichte aus dem Archiv

Ekkehard Mochmann:

Infrastruktur für die Sozialwissenschaften durch GESIS
institutionell gesichert Seite 5

Erwin K. Scheuch:

Infrastruktur als Bedingung und Chance der Sozialforschung 8

Friedhelm Neidhardt:

„Unwahrscheinlich - aber nicht Zufall. Zur Realisierung von
GESIS". Seite 18

Anke Brunn:

„Sozialwissenschaften im gesellschaftlichen Wandel". Seite 21

Josef Rembser:

Soziologie und Technik. Forschungspolitische Überlegungen
für die Soziologie heute und morgen. Seite 27

Erweiterungen im Datenangebot des Zentralarchivs. Seite 34

Disketten und Computernetze für den ZA-Datenservice Seite 36

Bericht über das Frühjahrsseminar 1987 vom 9. bis 27.3.1987:
Analyse von Zeitreihen. Seite 37

Neues Werkbuch in der Reihe von International Social

Science Council Workbooks in Comparative Analysis. Seite 39

Das aktuelle Thema: 30 Jahre Europäische Gemeinschaft Seite 40

Forschungsnotizen

Rolf Langeheine:

Black & White, anfängliche Antwortunsicherheit,
Mover-Stayer, Third Force oder was?
Ein paar weitere Überlegungen zu Jagodzinski's Analyse
des Postmaterialismus Panels. Seite 44

Wolfgang Jagodzinski:

Über einige Anwendungs- und Interpretationsprobleme
„anspruchsvoller" Schätzverfahren
(Entgegnung auf den Beitrag von Langeheine). Seite 56

Victor Thiessen:

Wie sollte Übereinstimmung gemessen werden? Seite 64

Ankündigungen und Mitteilungen

Von Glasnost zu „Dschojnt Wentschurs" in der Sozialforschung?
Bericht über ein Trainingsseminar „Komparative Forschung"
in Moskau. Seite 71

Stellungnahme der Sektion Methoden der Deutschen

Gesellschaft für Soziologie zur Volkszählung 1987. Seite 74

Methodische Probleme der Volkszählung in den USA Seite 75

Neuere Methodenliteratur. Seite 77

Visiting Fellowship at the Zentralarchiv. Seite 79

Announcing ISSC STEIN ROKKAN PRIZE
in Comparative Research. Seite 80

**Mitteilungen der Redaktion**

Ende letzten Jahres ist die Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen, kurz GESIS, gegründet worden. Nach jahrelangen Unsicherheiten ist die Finanzierung von ZA, ZUMA und IZ institutionalisiert worden. Die Gesellschaft hat viele Väter und eine lange Geschichte. Es hat letztlich 27 Jahre - so lange existiert das Zentralarchiv - gedauert, bis man zu einer Lösung gefunden hat, die den dauerhaften Aufgaben der sozialwissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen, die in GESIS zusammengeschlossen sind, gerecht wird. Am 23. April 1987 ist die Gründung in einem Festakt im Musiksaal der Universität zu Köln gefeiert worden. Aus der Reihe der Festvorträge haben wir einige, teilweise in gekürzter Form, hier wiedergegeben.

Ekkehard MOCHMANN informiert über Gründung und Aufgaben der entstandenen Gesellschaft. Erwin K. SCHEUCH schildert die Entwicklung und Leistungsprofile der in der GESIS zusammengeschlossenen Institute. Friedhelm NEIDHARDT, jetzt Vorsitzender des Kuratoriums der GESIS, erläutert einige Stationen der Gründung aus der Perspektive des Wissenschaftsrates. In seinem Beitrag werden auch Einblicke in die Motive der Institutionalisierung einer wissenschaftlichen Serviceeinrichtung vermittelt. NEIDHARDT zeigt darüber hinaus auch Orientierungslinien für die Arbeit der Institute. Schließlich geben die Ausschnitte aus den Reden der Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Anke BRUNN, und des Vertreters des Bundesforschungsministers, Josef REMBSER, die Erwartungen und Anregungen der finanzierenden Stellen wieder.

Der Beitrag von Wolfgang JAGODZINSKI in der letzten Ausgabe hat zu Widerspruch geführt. Rolf LANGEHEINE hat uns einen Beitrag zugesandt, der wiederum JAGODZINSKI zu einer Entgegnung anregte. Wir stellen beide Beiträge zur Diskussion.

Victor THIESSEN, Dalhousie University, Halifax, Canada, z.Zt. zu einem längeren Forschungsaufenthalt am Zentralarchiv tätig, stellt ein Ergebnis seiner Forschungen auf Basis von Sekundäranalysen vor.

Franz Bauske



Infrastruktur für die Sozialwissenschaften durch GESIS institutionell gesichert

Ein beharrlich über zwei Jahrzehnte verfolgtes Ziel wurde jetzt realisiert: Am 8.12.1986 wurde die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) gegründet und am 15.12.1986 in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder aufgenommen.

Die Gründung der GESIS entspricht Forderungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (1972), des Wissenschaftsrates (1981), der Bund-Länder-Kommission (BLK, 1981) sowie der Senatskommission für empirische Sozialforschung der DFG (1983) zur institutionellen Absicherung der wissenschaftlichen Infrastruktur für die Sozialwissenschaften. Anfang 1986 hatte der Wissenschaftsrat in einer Stellungnahme empfohlen, "die wichtigsten Serviceeinrichtungen für die sozialwissenschaftliche Forschung unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach zusammenzufassen".

Aufgabe der in GESIS zusammengeschlossenen Institute ist es, in den Bereichen von Gesellschaft und Politik grundlegende sozialwissenschaftliche Dienste überregional und international für Wissenschaft und Praxis zu erbringen.

Dazu gehören insbesondere:

- Bereitstellung und Akquisition von Beständen quantitativer Daten einschließlich kontinuierlicher Aufbereitung;
- Aufbau und Bereitstellung faktographischer und bibliographischer Datenbanken;
- Methodenentwicklung und -beratung;
- Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen.

Neben traditionellen Wegen zur Gewinnung von Wissen über gesellschaftliche Sachverhalte gewinnen die Dauerbeobachtung und die quantitative Sekundäranalyse bereits vorliegender Daten wachsende Bedeutung. Methodenentwicklung und Anwendungsberatung, umfassende Information und Unterstützung bei der Abwicklung von Forschungsprojekten, Herbeiziehung von Daten der amtlichen Statistik und übergreifende Primärerhebungen sowie Beobachtung der Entwicklung der Sozialwissenschaften sind zentrale Aspekte. Datenarchive, Beratungs- und Informationszentren sind inzwischen zur Voraussetzung für eine effiziente Forschung und Kommunikation geworden.



Mit Einrichtung der GESIS sind die institutionellen Voraussetzungen zur Erbringung dieser Infrastrukturleistungen geschaffen worden und somit die Möglichkeiten der Sozialforschung gewachsen, auf gesicherter Grundlage Orientierung für gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse zu bieten. Zentral verfügbare Infrastrukturleistungen sind notwendig, um auch in den Hochschulen Forschung entsprechend gegenwärtigen methodischen Ansprüchen und auf international vergleichbarem Niveau betreiben zu können.

Die GESIS gliedert sich in drei regionale Zentren:

- Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) bei der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI).
- Köln: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln, der Kölner Gesellschaft für Sozialforschung e.V. (KGS) mit dem Zentrum für Historische Sozialforschung (ZHSF) als Abteilung.
- Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA) mit der Projektgruppe Allgemeine Bevölkerungsumfrage (ALLBUS), dem Zentrum für Sozialindikatorenforschung (ZSF) sowie dem Zentrum für Mikrodaten (ZMD).

In diesen drei Infrastruktureinrichtungen mit einem Jahresetat von rd. 12 Mio. DM arbeiten über 100 hochqualifizierte Mitarbeiter an der Methodentwicklung, Informations- und Datenaufbereitung sowie der Bereitstellung von Dienstleistungen.

Die institutionelle Förderung über die "Blaue Liste" (Gemeinsame Förderung durch Bund und Länder nach § 91 b Grundgesetz) hatte für das Zentralarchiv administrative Implikationen. Aus haushalts- und hochschulrechtlichen Gründen mußte der drittmittel-finanzierte Teil des Instituts aus der Universität in eine andere Trägerschaft übergeben werden. Hierzu wurde am 4. Dezember 1986 die Kölner Gesellschaft für Sozialforschung e.V. (KGS) gegründet. Durch ein Kooperationsabkommen mit der Universität ist auch für die Zukunft das Zusammenwirken des in der Universität verbleibenden



Teils und des jetzt als Institut an der Universität anerkannten drittmittel-finanzierten Teils des Archivs sichergestellt. Somit ergeben sich für den Nutzer der Zentralarchiv-Dienstleistungen aus dieser Umstellung keine Unterschiede zur bisherigen Situation.

Das Zentralarchiv hat in den 27 Jahren seiner Tätigkeit für die Sozialforschung immer auch neue Entwicklungen für die sozialwissenschaftliche Infrastruktur angeregt und unterstützt. Zu den wichtigsten Innovationen in Köln gehören die Bemühungen um die Erarbeitung methodischer und technischer Grundlagen eines Datenservice für die historische Sozialforschung. Hierfür stand eine Projektfinanzierung der DFG für das Zentrum für historische Sozialforschung e.V. (ZHSF) zur Verfügung. Der Empfehlung des Wissenschaftsrates folgend wird das Zentrum für historische Sozialforschung als wissenschaftlich autonome Abteilung in das Zentralarchiv integriert.

Die GESIS-Gründungsfeier fand am 23.4.1987 im Musiksaal der Universität zu Köln statt. Alle Festreden liegen schriftlich vor und werden in Kürze veröffentlicht. In dieser ZA-Information sind vorab zur aktuellen Unter-richtung einige der Beiträge, zum Teil erheblich gekürzt, wiedergegeben.

Ekkehard Mochmann



Infrastruktur als Bedingung und Chance der Sozialforschung

von Erwin K. Scheuch

1. Funktionswandel sozialwissenschaftlicher Datenarchive

Als alles begann, dachte niemand in der Begrifflichkeit von "Infrastruktur". Ein Nachzeichnen des sich wandelnden Verständnisses des ältesten der heute im Verbund GESIS kooperierenden Institute sollte erkennbarer machen, welche Funktionen dieser Verbund hat und wie notwendig es ist, daß seine Einheiten sich als Teil der lebendigen Forschung verstehen. Letzteres war bereits eine Leitidee bei der Gründung des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung.

Vor 27 Jahren wurde das Zentralarchiv mit Günter SCHMÖLDERS vor allem aus Kostengründen eingerichtet. Umfragen sind teure Arten von Erhebung, und ihre Auswertung steht normalerweise unter großem Zeitdruck. Deshalb ist fast immer die Möglichkeit gegeben, aus einem solchen Material weitere, neue Arbeiten anzufertigen. Insbesondere für fortgeschrittene Studierende und Nachwuchswissenschaftler sollte das Zentralarchiv eine Möglichkeit eröffnen, mit Material der Qualität zu arbeiten, das bis dahin nur den bereits etablierten Forschern zur Verfügung stand.

Damals gab es auf der ganzen Welt nur ein weiteres, älteres Umfragearchiv, das Roper-Center. Burns ROPER, der in Amerika zu den führenden Umfrageforschern zählte, hatte seine Datensammlung - damals wurde noch mit Kartons von Lochkarten gearbeitet - als Vermächtnis für einen gefallenen Sohn an dessen früheres College gegeben. In diesem Sinn wurde damals auch das Roper-Center geführt; als eine Sammelstätte, in der Gelehrte sich wie in einem großen Dokumentenarchiv ihre Belege zusammensuchen.

Einen solchen Datenreichtum hatte das Zentralarchiv nicht. Es war angewiesen auf Schenkungen von Datensätzen, zuerst aus der akademischen Forschung und erst zögernd aus den privatwirtschaftlichen Instituten. Das Zögern war schwierig zu überwinden, weil es nicht nur Ausdruck der lange bestehenden und noch heute nachwirkenden Distanz zwischen privatwirtschaftlich organisierter Umfrageforschung und Universitäten war. Es folgte auch aus der Sorge der privatwirtschaftlichen Umfrageinstitute, daß die in



Eile erstellten und damit oft auch fehlerhaften Datensätze bei Sekundärauswertungen bei jungen Sozialwissenschaftlern zu hämisch-abwertender Kritik führen könnten, womit das Ansehen der Institute Schaden genommen hätte. Zudem erweisen sich oft die Stichproben der Umfragen bei Aufgliederungen als wenig stabil - insbesondere bei Quotenstichproben. Auch damit kann gelebt werden, wenn das branchenüblich akzeptiert ist. Da in der Branche, die damals noch um ihre Anerkennung rang, unrealistische Darstellungen der Perfektion des eigenen Vorgehens verbreitet waren, erschien einigen Instituten das Zentralarchiv sogar als eine Gefahr. Aber das ist heute fast nur noch Vergangenheit. Es hat jedoch eine bleibende Nachwirkung gehabt.

Wollten wir neben dem Roper-Center bestehen, so konnten wir dies nicht mit dem Umfang unserer Datensammlung, sondern allein durch eine Vorreiterfunktion in der Erschließung von Daten. Suchsysteme - technisch: "retrieval system" - waren deshalb ein Entwicklungsgebiet dieses Archives mit zunächst wenig Beständen.

In einer wichtigen Hinsicht ist ein Datenarchiv einem Dokumentenarchiv oder einer Bibliothek sehr unähnlich. Analog wäre die Entwicklung eines Retrieval Systems für das Zentralarchiv mit dem für eine Bibliothek, wenn die Einheit des Suchens eine Studie wäre. Das ist nur selten bei uns der Fall, wird allerdings auch gelegentlich so gehandhabt. Durchweg ist jedoch die Einheit des Suchens die in einer Erhebung erfaßten einzelnen Merkmale, technisch Variable genannt. Empirische Soziologie ist weithin Variablenkreuzung. Es begründete unseren langjährigen Vorsprung in Suchsystemen, daß wir dies aus Kenntnis der Forschung in die Arbeit des Archives einbrachten. Beim Roper-Center wurde damals nur nach Studien abgelegt (gleich Buchtiteln). Seither hat unser Suchverfahren modellhaft auf Einrichtungen in anderen Ländern gewirkt.

Ab 1965 war das Zentralarchiv auch in das Hauptstudium und in das Graduiertenstudium als Lehrmittel einbezogen. Wir hatten eine Sammlung "klassischer Studien" angelegt, nämlich solcher Erhebungen, über die Bücher mit bleibender Bedeutung für die Profession geschrieben worden waren. Beispiele sind die Untersuchung von LIPSET "Union Democracy" oder der Bericht von LAZARFELD "The Academic Mind". Die Art der Verwendung im Studium glich der Übung junger Maler, die Meisterwerke nachzeichnen und im Nachzeichnen Einzelheiten erkennen, die beim bloßen Anschauen nicht



deutlich werden. In unserem Fall wurden aus den Büchern zusätzliche Auswertungsgesichtspunkte abgeleitet und dann empirisch umgesetzt. Der Vergleich von Buch und Empirie sollte auch darin üben, aus Ergebnissen belangreiche Folgerungen abzuleiten. Mit Variationen ist dieses Programm bis heute weitergeführt und ist in Köln mit der Bezeichnung "computer-gestützte Analysen" ein wesentlicher Teil des Hauptstudiums.

Inzwischen waren auch in anderen Ländern Datenarchive entstanden, teilweise mit Hilfe des Zentralarchivs als der erfahrensten europäischen Institution. Damals zeichnete sich auch eine Gefahr für diese Archive ab: Die großen internationalen Ketten von Umfrageinstituten waren von amerikanischen Häusern dominiert. Burns ROPER hatte seine Kollegen überredet, die Daten aller europäischen Partner nach Amerika zu verbringen. Das war vielleicht für ein Land wie die Bundesrepublik solange nicht wichtig, als auch Exemplare der gleichen Untersuchungen hier verblieben - was allerdings keineswegs selbstverständlich war. Es war aber eine große Gefahr für die Entwicklung eines Netzwerkes von Archiven in Ländern, in denen es solche Institute noch nicht gab. Auf Initiative des Zentralarchivs schlossen sich die Archive in Europa zu einer Föderation zusammen, die diese sich abzeichnende Gefahr tatsächlich stoppen konnte.

Daraus wurde inzwischen viel mehr. Der Zusammenschluß International Federation of Data Organizations for the Social Sciences (IFDO), den das Zentralarchiv zusammen mit Stein ROKKAN initiierte, ist ein weltweiter Verbund der führenden Datenarchive. Sie haben sich auf Standards der Verfahrensweisen so geeinigt, daß Datenaustausch leicht möglich wird. So ist international vergleichende Forschung als vergleichende Sekundäranalyse heute technisch und finanziell jedem mit entsprechenden Kenntnissen versehenen Studenten im Hauptstudium zugänglich.

Der internationale Vergleich war ein Zweig der Methodenlehre, der im Zentralarchiv besonders gepflegt wurde. Für die Sozialforschung sind solche Vergleiche bemerkenswerterweise keine Selbstverständlichkeit. Nicht nur wegen der Kosten. Mit der Orientierung an sozialen Problemen ist ein großer Teil der empirischen Sozialforschung von provinzieller Ahnungslosigkeit. Da wird zwar ein konkretes Problem untersucht, aber es wird durchweg nicht eingeordnet in eine größere Klasse von Vorgängen. Der internationale Vergleich ist dann ein vorzügliches Mittel zur Entprovinzialisierung.

Seit einiger Zeit ist die Möglichkeit, Zeitreihen von Umfragen durch Neuauswertung zu erstellen, von besonderem Interesse. Ohne Datenarchive ist dies offensichtlich nicht möglich. Bei solchen Zeitreihen erweist sich nämlich, daß ein bloßes Zurückgehen auf frühere Berichte über Auswertungen nicht ausreicht; der frühere Datensatz selbst muß unter heutigen Fragestellungen meist neu ausgewertet werden. Noch fehlt es an dem großen Beitrag, der auf Grundlage solcher Dauerbeobachtungen erklärt, warum sich oft weniger wandelt, als es den Anschein hat - ein Beispiel ist das Sexualverhalten, wo sich weniger geändert hat als im Reden darüber; ein weiteres Beispiel sind die Veränderungen im Verhalten und Selbstverständnis von Männern und Frauen - wo viel über die Veränderung bei Frauen geredet wird, weniger aber über die (allerdings schwächeren) Veränderungen bei den Männern.

Nicht zuletzt wird durch Beobachtung mehrerer Zeitreihen nebeneinander auch deutlich, daß ein Wandel auf Dauer, ein Strukturwandel sich in Schüben vollzieht, durchweg also nicht linear verläuft. Als solch ein Wandlungsschub erweist sich der Zeitraum zwischen 1966 und etwa 1973, wie vordem zwischen 1953 und 1957.

Bei allen diesen Problemstellungen reagierte das Zentralarchiv nicht nur auf Entwicklungen in der Forschung, sondern regte diese mit an. Wird richtig erkannt, welche latenten Bedürfnisse sich entwickeln, so kann eine Infrastruktureinrichtung eine Sogwirkung auslösen. Dies ist auch die Erfahrung in einem neuen Arbeitsgebiet: der Anwendung quantitativer Analyseverfahren der Sozialforschung auf massenhaft vorkommende Daten der Vergangenheit. Die Geschichtsschreibung vermochte mit diesen Daten nichts Rechtes anzufangen, gründete sich lieber auf Berichte und Analysen von Zeitgenossen. Mit der sogenannten "Historischen Sozialforschung" werden Massendaten jetzt aufschließbar und führen oft zu einer Korrektur der Aussagen der Historiographie. Immer wieder erweist sich, daß der ungestützte Beobachter neben herausragenden Vorgängen über den Alltag bestenfalls Durchschnitt schätzen kann. Er vermag jedoch nicht der Heterogenität der Einheiten, der Streubreite um den Durchschnitt, Rechnung zu tragen.

Die quantitative historische Sozialforschung ist heute ein wissenschaftlich autonomer Arbeitsbereich im Zentralarchiv. Von ihm erhoffen wir uns eine stimulierende Wirkung nicht zuletzt auch bei der Beschäftigung mit den großen Theorien der Vergangenheit; denn diese waren oft auf ein historio-

graphisches Wissen gegründet, das sich bei quantitativer Prüfung der Materialien als unvollkommen oder nicht selten sogar als irrig erweist. Ein Musterbeispiel ist das Kontraktionsgesetz von Emile DURKHEIM, demzufolge Modernisierung gleich Funktionsverlust der Familie und Funktionsverlust gleich Reduzierung des Personenbestandes auf die Kernfamilie ist. Tatsächlich aber waren auch zu historischen Zeiten die Mehrzahl aller Haushalte bloße Kernfamilien. Inzwischen ist das übrigens auch für China nachgewiesen, wo die chinesische Großfamilie, die uns aus der Literatur geläufig ist, quantitativ eine Minderheit von sicherlich weniger als fünf Prozent, oft nur von einem Prozent, gewesen ist.

Gegenwärtig stellen sich dem Zentralarchiv zwei weitere Aufgaben. Die Öffentlichkeit wird von Korrespondenzbüros mit Ergebnissen von aktueller Umfrageforschung versorgt, wobei diese Berichte aber ohne jede Qualifikation Prozente verabsolutieren. Hier wäre es wünschenswert, einen Ergebnisdienst aufzubauen, der für Publizistik und Politik angemessen dokumentierte Befunde aktueller Erhebungen vertreibt.

Oft geht es bei dem Interesse an solchen Ergebnissen auch um die Frage, wie sich denn der aktuelle Befund von früheren Zuständen unterscheidet. Solche Fragen erfordern oft keine Neuauswertung der originalen Datensätze. Hier genügt es, in der Sammlung von Berichten diejenigen Tabellen aufzuspüren, welche die Frage beantworten. Das Suchsystem hierfür ist allerdings erst zu entwickeln. Wahrscheinlich wird es arbeiten mit der Identifizierung einer Tabelle als Variablenkreuzung. Gerade das Interesse der Öffentlichkeit an Sozialforschung, speziell von Publizistik und Politik, könnte durch ein solches Auskunftssystem geweckt werden. Beides sind aber noch Zukunftsprogramme, die bisher nicht systematisch angegangen werden konnten, weil vor der Gründung von GESIS die finanzielle Lage nicht auf Dauer geklärt war. Jetzt können wir wieder Neues versuchen.

2. GESIS als Infrastruktureinrichtung

Das Zentralarchiv hat zeitweise auch andere Bedürfnisse der Forschung und Lehre zu befriedigen versucht als heute, hat nicht nur neue Aufgaben übernommen, sondern auch Funktionen abgegeben. Wenn die entsprechenden Arbeiten aber den Umfang einer eigenartigen Tätigkeit - verschieden vom Schwerpunkt des Zentralarchivs - erreichten, entschieden wir uns aus



Prinzip für eine Ausgliederung dieser Funktion, für eine Verselbständigung. Das hatte zwei Gründe: Der erste Grund - vielleicht vorübergehender Art - war, mögliche Animositäten wegen des Vorwurfes der Monopolisierung von Ressourcen zu vermeiden. Köln galt ja innerhalb der seit Mitte der sechziger Jahre wieder einmal durch ideologische Auseinandersetzungen zerklüfteten Disziplin nicht als neutraler Ort, sondern als ein Vorort des fälschlich so genannten Positivismus.

Der dauerhaftere Grund ist unsere schlechte Erfahrung in der Soziologie mit Großforschungseinrichtungen. Diese sind - wie etwa das INSEE in Frankreich sowie früher auch das Deutsche Institut für Jugendforschung in München und das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin - sehr damit beschäftigt, mit sich selbst zu leben. Per Selbstauswahl ziehen die Sozialwissenschaften besonders stark Menschen an, die Schwierigkeiten mit gemeinschaftlichem Verhalten haben. Und das ist nicht einmal paradox.

Seit seiner Gründung führte das Zentralarchiv eine jährliche Erhebung über Forschungsprojekte durch, was teilweise aus Gründen der Akquisition weiterer Studien geschah. Die Publikation der Projektbeschreibungen fand aber ein allgemeineres Interesse, das durch Eigenheiten der Fachorganisation in den Sozialwissenschaften vergrößert wurde und wird. In der Bundesrepublik gibt es eine Vielzahl kleinerer Institute an Universitäten; daneben hochschulfreie Institute mit durchweg höchstens mittlerer Größe; und eine große Zahl von Umfrageinstituten. Jährlich gibt es viele tausende Untersuchungen, die niemand aus eigener Kenntnis oder als Mitglied eines Gesprächskreises kennen kann.

Die gleiche Unübersichtlichkeit liegt bei der Literatur vor. Das wichtigste Instrument für die aktuelle Diskussion ist nicht das Buch, sondern der Artikel. Untersuchungen bestätigen, daß eine erhebliche Zersplitterung des Publikationswesens vorlag und vorliegt. Nur ein Teil der Produktion erscheint in einer der inzwischen acht Fachzeitschriften deutscher Sprache, ein großer Teil ist eine soziologische Beimischung zu den Zeitschriften anderer Fächer. Bei der besonderen Bedeutung der Bindestrich-Soziologien im Vergleich zur allgemeinen Soziologie ist dies auch verständlich und nicht zu ändern.

*



Um durch Infrastruktur diese beiden Probleme zu neutralisieren, wurde die entsprechende Abteilung aus dem Zentralarchiv ausgegliedert und Anfang der 70er Jahre als Informationszentrum für Sozialwissenschaften in Bonn verselbständigt. Dieses Informationszentrum wurde dann der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute angegliedert und wuchs inzwischen zur bei weitem größten Einrichtung innerhalb des GESIS-Verbundes.

Auch hier war von Anbeginn an dem Umstand Rechnung zu tragen, daß Literaturschließung und Forschungsdokumentation nicht für die Nachwelt zu treiben sei, sondern vermittelt werden mußte in die aktuelle Forschung. Technisches Mittel hierfür war die Entscheidung für maschinenlesbare Aufzeichnung mit Online-Zugriff - zum damaligen Zeitpunkt von den meisten Dokumentaren als unnötige Innovation verstanden. Mit dieser Innovation wurde ein Nachteil der deutschen Infrastruktur für empirische Sozialforschung neutralisiert - ja vielleicht sogar ein latenter Vorteil aktualisiert. Indem jetzt den zersplitterten Instituten eine zentrale Auskunftsstelle zur Verfügung steht, können die Vorteile eines Kleinbetriebes mit besonderer sachlicher Kompetenz für ein Gebiet verbunden werden mit Spezialistenkompetenz.

1975 wurde dann als letzte der drei großen Kristallisationseinheiten im GESIS-Verbund ZUMA in Mannheim gegründet. Für manche wissenschaftliche Zwecke waren damals die Standards von Umfrageinstituten in der Feldarbeit nicht zureichend. In Zusammenarbeit mit ZUMA und ausgewählten Erhebungsinstituten sollte vor allem die Feldarbeit verbessert werden und diese Verbesserung dann andere Institute zum Mitziehen bewegen. Ferner sollte eine Hemmschwelle für Empirie bei manchen Sozialwissenschaftlern überwunden werden. Diese hatten zwar Sachkompetenz, aber wenig Erfahrung mit Empirie größeren Maßstabes. Hier sollte ZUMA in allen Phasen einer Erhebung - vom Umsetzen einer Problemstellung in ein Design, vom Design zur Operationalisierung etwa in einem Fragebogen, und bei der Aufschließung der Ergebnisse durch statistische Analysepakete - helfen können. Es gibt noch einmal in der Welt eine ähnliche Institution, das NORC in Chicago. In Kenntnis dieser Institution wurde bewußt darauf verzichtet, einen eigenen Feldstab aufzubauen, da zu erwarten war, daß von diesem zu starke Beschäftigungszwänge auf die eigene Arbeit ausgingen.



Allerdings wurde eine wesentliche Erfindung von NORC in der Bundesrepublik weitergeführt: eine Erhebung im bisher Zwei-Jahres-Abstand, die als Datensatz für alle Sozialforscher sofort zur Verfügung stand, der ALLBUS. Ein Komitee sollte bewirken, daß die Thematik tatsächlich die latenten Forschungsinteressen spiegelte. Ein Beispiel hierfür war die Wahl des Themas "persönliche Netzwerke", wo anschließend die Verfügbarkeit von Daten die Forschung auf diesem Gebiet verstärkte.

Eine besonders sorgfältige Fallbeschreibung - die sogenannte Demographie - sollte Aufgliederungen weit über das hinaus möglich machen, was zur Erklärung von Verhaltensweisen und Meinungen sonst in der Forschung verfügbar ist. Und nicht zuletzt sollten immer wieder Fragenkomplexe so wiederholt werden, daß Zeitreihen entstehen. Die Idee dieser Kombination von Aufgaben entwickelte sich im Zentralarchiv, aber die organisatorisch für die Durchführung geeignetste Institution war ZUMA. Zunächst als Projekt der DFG wurde dann die ALLBUS genannte Erhebung dort angegliedert, wobei die Beratung des Frageprogramms in Kooperation mit dem Zentralarchiv erfolgte ebenso wie der Vertrieb der Datensätze.

Mit der Gründung von GESIS wurde noch eine weitere Arbeitsgruppe in den Verbund integriert: das Projekt Mikrodaten am Standort Mannheim. Anfang der 70er Jahre war insbesondere in der Politik der Wunsch nach einer gesellschaftlichen Dauerbeobachtung entstanden. Mit sozialen Indikatoren sollte ein fortwährendes Urteil über die Wünschbarkeit einer Entwicklung der Gesellschaft begründet werden können, so wie der Zustand der Wirtschaft nach der Maßzahl Bruttonationalprodukt und dem Gutachten der fünf Konjunkturinstitute beurteilt wird. Seit 1978 wird dieser Arbeitsbereich als Projekt von Wolfgang ZAPF betreut. Es wird jetzt eine wissenschaftlich autonome Abteilung in ZUMA sein - wie auch das bisherige Projekt "VASMA", das Walter MÜLLER leitete. Bei diesem Arbeitsbereich entstehen neue Daten durch einzelfällweise Verknüpfung der Register amtlicher Statistiken. Angesichts unserer hohen Sensibilität für Datenschutz ist hierbei ein besonderes Augenmaß nötig.

Beim Datenschutz fühlen wir uns in GESIS oft wie die Zauberlehrlinge. Zu einer Zeit, als Datenschutz noch kein Thema war, war uns die Problematik der Datenbanken mit maschinenlesbaren Angaben über einzelne Personen deutlich. Anfang der 70er Jahre vertraten wir die Dringlichkeit einer Gesetz-



gebung zum Datenschutz auf Konferenzen. Zwei Gesichtspunkte wurden bei uns besonders betont: Eine Gesetzgebung soll den Status quo ante vor Einführung moderner Computer im Sinn des Schutzes von Individuen wiederherstellen. Die nur teilweise Sichtbarkeit aller Eigenschaften einer Person ist in modernen Gesellschaften ein Element des Schutzes. Hier kann die Person selber entscheiden, welche Aspekte ihrer Lebensweise anderen persönlich bekannt werden sollten. Das hier mit dem Computer entstandene Zusatzrisiko war zu neutralisieren. Später fand hierfür der Verfassungsrichter BENDA die Formel vom "Recht auf informationelle Selbstbestimmung". Da eine Problematik insbesondere aus der Möglichkeit einer individuellen Verknüpfung von Registern folgt, sollte der Datenschutz vorrangig eine Regelung des Datenaustausches sein. So wurde dann auch die Gesetzgebung des Bundes konzipiert, sehr gegen den Widerstand der Verwaltungsbehörden. Es wird auch weiterhin eine der Hauptaufgaben von Wissenschaftlern im Verbund GESIS sein, die Forschung vor unsinnigen Entscheidungen unter Berufung auf Datenschutz zu bewahren und zugleich bei Behörden den Mißbrauch des Datenschutzes als Abwehr von Auskünften zu bekämpfen.

3. GESIS als gesellschaftliche Institution

Die Infrastruktur hat innerhalb der Sozialwissenschaften für die Soziologie eine besondere Bedeutung. "Priester monopolisieren Orientierungsmittel" schreibt Norbert ELIAS. Die vornehmste Aufgabe von Wissenschaft und Neuzeit wurde es, Wissen zu entmonopolisieren. Robert K. MERTON verwies bereits darauf, daß die Wissenschaft dem abstrakten Anspruch des Kommunismus entspreche: Sie verteile Wissen an jeden, der es versteht und danach fragt. Dabei ist Verständnis durchaus eine Bringschuld in dem Maße, wie die Esoterik der Wissenschaft nicht aus der Sache selber zwingend folgt. Hier hat GESIS für die Zukunft eine besonders wichtige Aufgabe. Ihre Dienste, insbesondere beim Informationszentrum, aber auch beim Zentralarchiv, müssen der politischen und kulturellen Öffentlichkeit möglichst zugänglich sein. Vielleicht wird dann die Sozialwissenschaft wirklich einmal das, was TENBRUCK in seiner Philippika ihr für die Gegenwart bereits tadelnd nachsagt: Sie habe ihre Kategorien so allgemein verbreiten können, daß heute nicht mehr unverbildet gedacht werde. Die Befunde der Sozialforschung würden bei den Menschen so zur Orientierung über ihre eigene Gesellschaft, daß man die Soziologie als Mythos der Moderne zu werten habe.



Warum - wenn es denn einmal zuträfe, was hier beklagt wird - wäre dies ein Schaden? Die Naturwissenschaften haben auch erreicht, daß wir die Natur heute anders erleben als vordem, natürliche Abläufe alle für rational erklärbar ansehen, falls man sich um eine solche Erklärung bemühte. Warum sollen nicht auch gesellschaftliche Vorgänge und zwischenmenschliche Beziehungen anders verstanden werden als vornehmlich unter den Gesichtspunkten wahr oder falsch, Schuld oder Unschuld, gut oder schlecht? Wird ein Streit in einer Arbeitsgruppe oder in einer Familie auch verstanden als etwas, was nicht nur durch die vom Einzelnen höchstpersönlich zu verantwortenden Eigenschaften bewirkt wird, sondern auch als ein Produkt der Umstände, das rational gedeutet und damit emotional entschärft werden kann, warum sollte das ein Schaden sein?

Wer die Sozialwissenschaften mit innerer Überzeugung als Gegenstand gewählt hat, für den muß GESIS als eine der Möglichkeiten erscheinen, Rationalität zu verbreiten, den Prozeß der Entzauberung der Welt - wie ihn Max WEBER charakterisierte - um eine weitere Stufe vorwärts zu bewegen.

Prof. Dr. Erwin K. Scheuch
Institut für Angewandte Sozialforschung
Universität zu Köln



„Unwahrscheinlich - aber nicht Zufall. Zur Realisierung von
GESIS“

von Friedhelm Neidhardt

In der langen Vorgeschichte von GESIS gab es Bedenklichkeiten und Vorbehalte gegen die Gründung von GESIS, die den Gang der Dinge gefährdet und aufgehalten haben. "Ende gut - alles gut", so darf man heute, bei der Geburtstagsfeier von GESIS, wohl meinen. Zum Schluß haben diejenigen, auf die es ankam, die Gründung empfohlen und beschlossen. Die Einrichtung steht, und wir haben allen Anlaß, zufrieden zu sein.

Gleichwohl mag es von Nutzen sein, sich die Besorgnisse noch einmal zu vergegenwärtigen. Denn sie sind in die vorliegende Konzeption von GESIS eingegangen, und von ihnen her bilden sich auch die Ansprüche, an denen die Leistung von GESIS gemessen werden wird. Ich beziehe mich dabei vor allem auf Erfahrungen im Wissenschaftsrat, der zuletzt mit seinem Votum eine entscheidende Rolle zugunsten von GESIS gespielt hat. Da ich dabei war, weiß ich recht gut, daß dieses Votum nicht von vornherein nahelag oder gar feststand. Es gab Unbehagen sehr grundsätzlicher Art. Zweierlei will ich herausgreifen.

Erstens: Die Gründung von GESIS ist ein Institutionalisierungsakt. Institutionalisierung heißt, daß bestimmte Einrichtungen und Prozesse symbolisch anerkannt und materiell auf Dauer gestellt werden. Das ist für die unmittelbar Betroffenen natürlich sehr bekömmlich: Ihre Position wird sicherer, ihre Einrichtung nähert sich dem Rang der Selbstverständlichkeit. Das komfortable Gefühl, das damit entstehen kann, hat nun allerdings auch eine etwas prekäre Rückseite. Wenn es nicht mehr um Sein oder Nichtsein geht, schwindet auch der Bewährungsdruck, und die Gefahr von Selbstgenügsamkeit und Trägheit wächst. Selbstgenügsamkeit und Trägheit sind nun aber gerade im Wissenschaftsbereich, in dem alles von immer neuen Entdeckungen und deshalb ständigen Revisionen abhängt, ein tödlicher Gefühlszustand. Die Arbeit im Wissenschaftsrat, die die Evaluation vieler wissenschaftlicher Einrichtungen einschließt, vermittelt die Erfahrung, daß dieser Zustand sich bei Wissenschaftlern offenbar genauso leicht entwickelt wie bei anderen Menschen. Es gibt jedenfalls zu viele versteinerte Institute, die in Routine erstarren.



Kann man - so muß man deshalb fragen - Formen der Institutionalisierung finden, die den Institutionen Lebendigkeit und Sensibilität sichern, auch wenn das schärfste Sanktionsmittel, nämlich die Androhung von Konkurs, durch Institutionalisierung beseitigt oder zumindest zurückgedrängt ist? - Im Wissenschaftsrat gab es Überlegungen, zumindest für einige der GESIS-Einrichtungen vorzusehen, daß sie sich zu erheblichen Teilen durch Verkauf ihrer Leistungen selbstfinanzieren. Auf diese Weise bringt man Marktmechanismen ins Spiel, die dafür sorgen, daß der Produzent materiell motiviert ist, auf die sich wandelnden Interessen potentieller Nachfrager sensibel einzugehen. Genauere Prüfung zeigt indes sehr schnell, daß die Bedingungen für die Vermarktung von GESIS-Leistungen gegenwärtig kaum entwickelt sind. Ihr Output hat eher den Status öffentlicher Güter. Man mutet ja auch den Universitätsbibliotheken zum Beispiel nicht zu, daß sie ihre Kosten durch Ausleihgebühren decken.

Umso drängender ist dann die Weiterfrage nach institutionellen Äquivalenten fehlender materieller Marktkontrollen. Nun, der Wissenschaftsrat hat einerseits empfohlen, die Bindung an Nutzerinteressen anstatt durch Markt durch Organisation zu arrangieren, zum Beispiel dadurch, daß wissenschaftliche Beiräte als Repräsentanten der Klientel von GESIS-Einrichtungen in diesen Einrichtungen selber wirken sollen - wirken sollen durch Kritik, aber auch durch Mitbestimmung bei einigen genauer bezeichneten Programm-entscheidungen, etwa bei ALLBUS. Andererseits ist aber auch daran zu denken, daß die Wissenschaft selber Märkte eigener Art besitzt, auf denen es weniger um Geld als um Aufmerksamkeit, Resonanz und Reputation geht. Der Wissenschaftsrat hat - ich meine: zu Recht - immer darauf geachtet, daß sich gerade die außeruniversitären Forschungseinrichtungen dem Wettbewerb auf diesen Märkten stellen. Dabei geht es nicht nur um Drittmittelprämien bei einer gutachterlich kontrollierten Forschungsförderung, sondern auch um akademische Karrieren an den Universitäten, Lehraufträge, Konferenzeinladungen, Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften etc. Im Hinblick darauf ist auch den GESIS-Instituten aufgegeben, sich anzustrengen und zu bewähren.

Alle diese Vorkehrungen - und damit komme ich zu einem zweiten Komplex von Besorgnissen - verpflichten die GESIS-Institute darauf, Service-Einrichtungen zu sein. Sie sind nicht als eigenständige Forschungsinstitute gegründet. Sie sollen als Infrastruktureinrichtungen Dienstleistungen er-



bringen, durch die andere Forscher in den vielen kleinen und mittleren Produktionsstätten der Sozialwissenschaft instand gesetzt werden, ihre Forschung zu verbessern. Die Funktion von GESIS besteht also nicht darin, einer Zentralisierung sozialwissenschaftlicher Forschung Vorschub zu leisten, - im Gegenteil: GESIS soll dazu da sein, ein hochdezentralisiertes nationales Forschungssystem und in diesem Forschungssystem gerade die kleinen Handwerksbetriebe der Sozialwissenschaft leistungs- und wettbewerbsfähig zu halten. Hätte sich bei der Prüfung der GESIS-Anträge der Eindruck verhärtet, daß ein hochkonzentriertes Mammutinstitut entstehen soll, das autonome Forschungsinteressen verfolgt und das dann schon aufgrund der Massierung seiner Ressourcen die Gefahr mit sich bringt, bestimmte Forschungsfelder zu monopolisieren, dann wäre die Gründung von GESIS zumindest im Wissenschaftsrat nicht genehmigt worden. Um solche Gefahr zu bannen, ist deshalb für die Innenverhältnisse von GESIS ein lockerer Verbund empfohlen worden, der die relative Eigenständigkeit der GESIS-Einrichtungen in Bonn, Köln und Mannheim nicht bedroht, und das Außenverhältnis dieser Einrichtungen wurde auf Dienstleistungen festgelegt.

Diese Funktionsbestimmung schließt keineswegs aus, daß in den GESIS-Einrichtungen bestimmte Arten von Forschung dauernd betrieben werden. Das ist einerseits schon deshalb wichtig, damit sich die Arbeit in den Instituten nicht zur Routine verselbständigt und abseits des Wissenschaftsprozesses bürokratisiert. Eigene Projekte sind andererseits auch darum unverzichtbar, weil die Qualität der erwarteten Dienstleistungen ständige Innovationen voraussetzt, die selber recherchiert werden müssen. Aber der Erfolg von GESIS wird letztlich an diesen Dienstleistungen gemessen werden. Die Institute des Verbundes sollen Informationen über Forschungen und Publikationen vermitteln; sie sollen Daten erschließen, aufbereiten und benutzbar machen; sie sollen andere Forscher bei der Anlage, Durchführung und Auswertung von Projekten beraten; und sie sollen ihr eigenes know-how in einem noch zu verstärkenden Ausmaß an den wissenschaftlichen Nachwuchs vermitteln - in Universitätsveranstaltungen und in eigenen Kursen und Seminaren.

Nicht nur der Wissenschaftsrat, sondern auch - sehr früh - die Deutsche Forschungsgemeinschaft, später die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung sowie die unmittelbar beteiligten Ministerien - sie alle haben mit einem am Ende positiven Votum das Vertrauen dafür



ausgedrückt, daß die GESIS-Institute den Erwartungen genügen können, die in sie gesetzt werden. Das ist neben allem anderen auch eine Reverenz an die Sozialwissenschaften, die sich nun endgültig nicht mehr als Stiefkinder der Forschungsförderung empfinden und beklagen können. Vor allem aber ist die Entscheidung zugunsten von GESIS eine Würdigung der mehr als hundert Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in den verschiedenen Instituten von GESIS, die alle respektabel, manche sogar hervorragend gut gearbeitet haben. Besonders ihnen möchte ich an diesem Tag meinen Glückwunsch sagen.

Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt -
Forschungsinstitut für Soziologie
Universität zu Köln

„Sozialwissenschaften im gesellschaftlichen Wandel“

von Anke Brunn

Der Anlaß unserer Feierstunde gibt mir Gelegenheit, Anmerkungen zu einem Thema zu machen, dessen Relevanz durch die Gründung der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen unterstrichen wird; ist die Gründung von GESIS doch die Reaktion auf gesellschaftlichen Wandel, den die empirischen Sozialwissenschaften durch systematische Beobachtung und Deutung zu verstehen suchen, auch in der Hoffnung, die Veränderungen beeinflussen zu können.

Die empirischen Sozialwissenschaften sind - wie die amtliche Statistik auch - Kinder des sozialen Wandels der modernen Industriegesellschaft. Als Antwort darauf sind sie von diesem Wandel selbst in vielfacher Weise mitgeprägt. Ich möchte dies mit einigen Beispielen der Themenwahl empirischer Sozialforschung belegen:

Im 19. Jahrhundert, in den Anfängen empirischer Sozialforschung, stand im Vordergrund die Lage der Arbeiter - eine gesellschaftliche Kategorie, die bis dahin im Bewußtsein der Wissenschaften nicht existiert hat.



Seit Gründung der Bundesrepublik ist "Jugend" immer wieder ein Thema empirischer Sozialforschung gewesen. Ein Beispiel ist die groß angelegte Untersuchung zu Beginn der fünfziger Jahre über Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend in Hamburg. Ich nenne auch die Untersuchungen über die Situation der Familie, die ebenfalls seit Beginn der fünfziger Jahre kontinuierlich durchgeführt werden. Bei diesen Untersuchungen geht es durchweg nicht um die Familie allgemein, sondern vor allem um den Wandel, den die Stellung der Frau in der Familie erfährt. Ein letztes Beispiel: Städteplanung ohne Sozialwissenschaften ist teilweise blind. Als Reaktion auf diese Erfahrung hat Sozialforschung zunehmend ihren festen Platz in der Stadtentwicklung.

Stärker noch als die Themen oder auch die Konzeptionen in den Sozialwissenschaften haben sich jedoch die Verfahrensweisen in der Sozialforschung verändert. Dies betrifft insbesondere die Verwertung der gesammelten Informationen. Zweierlei hat diesen Wandel bewirkt: Zum einen die Weiterentwicklung der Statistik als Technik der Analyse, zum anderen die modernen Verfahren der Informationsspeicherung und -Verarbeitung. Statistische Verfahren, deren Durchrechnen Monate oder länger erfordert hätten, waren noch vor geraumer Zeit lediglich für Fachleute von Interesse.

Jetzt können sie mit modernen, leistungsfähigen Computern auch schon von Studenten mit einfachen Steuerungsbefehlen abgerufen werden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die neuen Techniken dieser Art von quantitativer Sozialforschung eine große Spezialisierung zur Folge haben. Nicht jedes Institut kann ausreichenden Spezialisten-Sachverstand bei der Planung, Durchführung und Analyse von Forschung haben. Es kann dies insbesondere nicht, wenn die Institute meist so klein sind, wie das in der deutschen Hochschultradition der Fall ist. Allerdings haben diese kleinen Institute dann oft hervorragendes Expertenwissen von der Sache, die es technisch zu analysieren gilt, ohne die Bürden einer formellen, hierarchisch gegliederten Großorganisation.

Und damit komme ich auf meine eingangs formulierte These zurück: Die Veranstaltung GESIS ist ein Versuch, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Sie ist selbst eine Reaktion auf Wandel, die ihrerseits den Wandel positiv beeinflussen will. Die drei Institute von GESIS bilden zusammen eine Infra-



struktur für alle Phasen des sozialwissenschaftlichen Forschungsprozesses. Diese Infrastruktur kann der kompetente Forscher so abrufen, wie es seinen individuellen Notwendigkeiten entspricht. Nirgendwo als hier, jetzt in der Bundesrepublik, ist die Infrastruktur für empirische Sozialforschung zu einem solchen System entwickelt worden, wie es der Verbund von Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Zentralarchiv für empirische Sozialforschung und Informationszentrum Sozialwissenschaften in GESIS als Trägerverein darstellt. Das strahlt international aus. Die Institute von GESIS leisten Hilfe bei der Entwicklung von Instituten in anderen Ländern. Das jüngste solcher Beispiele ist der Wunsch von Sozialwissenschaftlern in Moskau, ihnen bei der Weiterentwicklung ihres neuen Umfragearchives mit Erfahrungen des Zentralarchivs nützlich zu sein. Die GESIS-Institute sind auch Teil eines internationalen Netzwerkes von Serviceeinrichtungen für die Sozialforschung. Dadurch wird eine Übersichtlichkeit bewirkt, die sonst vom einzelnen Forscher nicht mehr zu erreichen ist.

Nicht nur Themenwahl, Verfahren und Methoden moderner Sozialwissenschaften stehen in einem überaus engen Verhältnis zum gesellschaftlichen Wandel. Gesellschaftlicher Wandel hat auch direkte Auswirkungen auf die Perspektiven der Studentengeneration dieser Fachdisziplin. Lassen Sie mich deshalb in aller Kürze einige Anmerkungen zur aktuellen Arbeitsmarktsituation der Sozialwissenschaftler machen.

Der letzte Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit macht offensichtlich, womit Sozialwissenschaftler zu rechnen haben, wenn sie die Hochschulen verlassen. Deutlich wird gesagt, daß dieser Teilarbeitsmarkt von dem geringen Stellenangebot der öffentlichen Hand betroffen ist. Die Stellen, die fachadäquat vermittelt werden konnten, betrafen neben Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter solche im Personalwesen, Versicherungsaußendienst und in der Marktforschung. In den Diplomstudiengängen der Sozialwissenschaften sind die Studienanfängerzahlen überproportional zurückgegangen. Allein vom Wintersemester 1984/85 sank die Zahl der Studienanfänger in Nordrhein-Westfalen von 582 auf 511 im Wintersemester 1985/86.

Das ist eine Abnahme von ca. 12%, dagegen beträgt der Rückgang der Studienanfängerzahlen insgesamt 7,3%. Das schlägt sich nieder bei der Auslastung der sozialwissenschaftlichen Fächer. Unter Anlegung der KapVO beträgt diese insgesamt ca. 81%, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß die



geringe Zahl der Studenten in den Diplomstudiengängen kompensiert wird durch die höhere Zahl derjenigen, die Sozialwissenschaften als Magisterfach belegen.

Ich befinde mich im Gespräch mit der Arbeitsverwaltung, um Erkenntnisse über den Arbeitskräftebedarf in den neunziger Jahren und nach der Jahrtausendwende zu erhalten. Sie alle werden wissen, wie schwer Prognosen für den Arbeitsmarkt sind, da diese von einer Fülle kaum zu kalkulierender Rahmendaten abhängen. Trotzdem hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Zusammenarbeit mit der Prognos AG eine Studie zum Arbeitskräftebedarf nach Qualifikationen bis zum Jahr 2000 vorgelegt.

Diese bestätigt im Ergebnis einen Trend, der schon länger beobachtet worden ist, daß nämlich der Bedarf an höher qualifiziertem Personal steigen wird, wobei insbesondere der Aufnahmefähigkeit der Privatwirtschaft Bedeutung zukommt. Bisher beträgt der Akademisierungsgrad ca. 8,5%, er wird nach Auffassung der Studie auf 14 bis 15% steigen. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, daß die Zahl der akademisch Ausgebildeten von 2,2 Millionen sich auf 2,5 bis 3,7 Millionen erhöhen wird.

Wenn man bedenkt, daß sich die freie Wirtschaft in der Vergangenheit als aufnahmefähiger erwiesen hat, als es vorher prognostiziert worden ist, kann man mit einiger Hoffnung in die Zukunft schauen. Ich meine, daß auch die Sozialwissenschaften an dieser Zukunft teilhaben können. Ich sehe gerade bei ihnen große Entwicklungsmöglichkeiten; denn es wird immer dringender, unsere wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen in ihrem sozialen Eingebundensein zu erkennen und zu bewerten. Über solche Forschung können neue Lehrinhalte und nachfolgende Berufe gewonnen werden, die zusammen mit anderen Fachrichtungen interdisziplinär arbeiten. In diese Richtung weist auch ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Januar dieses Jahres, in dem der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zitiert wird und in dem es heißt: "... Im Jahre 2000 sei unter den Spitzenkräften der Wirtschaft der Fachidiot unerwünscht. In den Unternehmen werde in Zukunft die Fähigkeit zum Denken in Zusammenhängen, zum sogenannten vernetzten Denken nach Professor VESTER immer wichtiger. Selbstverständlich behielten die Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften ihren hohen Rang,



aber angesichts der technischen Revolution hätten die Geistes- und Sozialwissenschaften an Bedeutung gewonnen."

Ich werde mich dafür einsetzen, daß bei aller Notwendigkeit zu Einsparungen solche neuen Ideen und Forschungsvorhaben wie auch innovatorische Studiengänge, die erfolgsversprechend sind, nicht behindert werden.

Ein Hauptproblem für die Stellung der Sozialforschung in unserer Gesellschaft sehe ich in der Übersetzung ihrer Erkenntnisse für Nichtwissenschaftler. Teilweise ist die Unterschiedlichkeit der Sichtweisen nicht aufhebbar; es ist eben der Unterschied zwischen der Lebenswelt des Praktikers und der Welt der Wissenschaft. Dennoch ist es notwendig, daß die Wissenschaftler Anstrengungen unternehmen, um die Praktiker, nicht zuletzt auch die Politiker, beim Verständnis des sozialen Wandels zu unterstützen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis ist keine Besonderheit der Sozialforschung, hier aber sicherlich besonders wichtig; denn die Sozialforschung will ja von Bedeutsamkeit auch für den Alltag aller Menschen sein und nicht nur Erkenntnisse gewinnen, die allein den Wissenschaftler interessieren.

Ich hoffe sehr, daß sich Personen außerhalb der Universität verstärkt der Infrastruktureinrichtungen bedienen, die hier mit GESIS systematisiert worden sind. GESIS ist ein Angebot an die Öffentlichkeit allgemein.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist stolz darauf, daß zwei der drei in GESIS verbundenen Einrichtungen in diesem Land entstanden und hier ihren Sitz haben. Daß dies so ist, hat selbstverständlich gute sachliche Gründe. Hier in Köln hat sich eine Tradition der Soziologie entwickelt, die diese Art von Forschung besonders fördert. Aus der Sicht der Landesregierung ist es erfreulich, wie sich hier in Köln - zwar nicht abstrakt geplant, wohl aber aus praktischer Arbeit - eine Kristallisierung der erfahrungswissenschaftlichen Soziologie gebildet hat. Dazu gehört auch die Ortswahl für das erste Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, und dazu gehören auch zwei soziologische Forschungsinstitute der Universität selbst. All dies zusammen bildet einen leistungsfähigen Verbund für forschungsorientierte moderne Sozialwissenschaft.



Ein solch lebendiger Kontakt ist für die Institute von GESIS, die vorrangig Serviceaufgaben zu erfüllen haben, unerlässlich, sollen sie nicht zu bloßen "Verwahr"-Archiven werden.

Die Institute von GESIS müssen aus der dauernden Beobachtung des Wandels heraus ihre Tätigkeit verändern. Ein Beispiel dafür ist jetzt das Eingliedern der quantitativen historischen Sozialforschung in die Aufgaben des Zentralarchivs. Indem nun Computer und moderne statistische Verfahren auf historische Massendaten angewandt werden, werden bisher unbekannte Eigenheiten unserer unmittelbaren Vergangenheit sichtbar. An vielen Orten und in verschiedenen Ländern wird an der Geschichte der Industrialisierung gearbeitet, die sich als ein sehr viel weniger einheitlicher Prozeß erweist, als aus den Beschreibungen bisher hervorgeht. Die Kenntnis dieser Vielfalt der Wege zur heutigen Gesellschaft ermöglicht eine größere Tiefe des Verständnisses für die Gegenwart.

Wir sehen in diesem neuen Verbund GESIS eine große Chance für die Wissenschaft und für die Öffentlichkeit zugleich. Wir sind sicher, aufgrund der bisherigen Erfahrungen, daß sie diese Chance nutzen werden.

Ich wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg für Ihre Arbeit!

Anke Brunn
Ministerin für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Str. 49
Postfach 1103
4000 Düsseldorf 1



Soziologie und Technik:
Forschungspolitische Überlegungen für die Soziologie heute und morgen
von Josef Rembser

1) Gerne nehme ich an dieser Gründungsfeier für die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen GESIS teil und übermittle Ihnen die Grüße und guten Wünsche von Bundesforschungsminister Dr. RIESENHUBER. Er ist aus Termingründen leider verhindert, heute zu Ihnen zu sprechen. Sie wissen, daß Minister RIESENHUBER seit Beginn seiner Amtszeit im Jahre 1982 dem Beitrag der Sozialwissenschaften für das Verständnis unserer immer stärker von Naturwissenschaften und Technik geprägten Gesellschaft und für die Erschließung von Handlungsspielräumen für Politik und Wirtschaft besonderen Wert beigemessen hat. Er hat deshalb die Gründung von GESIS schon in einem frühen Stadium mit persönlichem Engagement begleitet und verbindet mit dieser Gründung die Erwartung, daß ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der deutschen Sozialwissenschaften gelungen ist.

Ich selbst konnte an verschiedenen Stationen und Weichenstellungen der langen Fahrt, die schließlich zur Gründung von GESIS geführt hat, ein wenig mitwirken. Ich bin besonders darüber froh, daß mit der Aufnahme von GESIS in die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern in Form der Blauen Liste ein deutlicher Beweis dafür erbracht wurde, daß diese Gruppe gemeinsam geförderter wissenschaftlicher Institute als Instrument der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Wissenschaftspolitik trotz aller Hindernisse und Erschwernisse, die aus der Finanzlage der öffentlichen Hand einerseits und den natürlicherweise nicht deckungsgleichen Einzelinteressen der 11 Bundesländer andererseits kommen, zeitgemäß weiterentwickelt wird. Das ist ein forschungspolitisches Ergebnis, das nur dank des Verständnisses und der Sachlichkeit aller Beteiligten zu erreichen war. Das Verständnis wurde auf Grundlage der gemeinsamen Überzeugung geschaffen, daß die im GESIS-Konzept zusammenarbeitenden Einrichtungen auf wissenschaftlich überzeugende Leistungen hinweisen können und ihre Zusammenarbeit nicht nur rationale, sondern auch qualitative Fortschritte erwarten läßt. Der Wissenschaftsrat hat dies 1986 in seiner Stellungnahme - ausgehend von einem Bericht der DFG-Senatskommission für empirische Sozialforschung aus dem Jahre 1983 - eindrücklich formuliert. Es ist deshalb



recht und billig, den Dank des Bundes allen beteiligten Stellen auszusprechen, der DFG, dem Wissenschaftsrat und den Ländern, vor allem den beiden Sitzländern von GESIS, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Sie haben durch ihre Vorschläge und ein harmonisches und zielgerichtetes Wirken diese Gründung ermöglicht.

2) Durch einen organisierten Austausch von Informationen können in immer komplexer werdenden Forschungsfeldern größere Transparenz geschaffen und die Zusammenarbeit gefördert werden. Zugleich wachsen die Möglichkeiten der empirischen Sozialforschung, auf gesicherter Grundlage Orientierung für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zu bieten.

Bund und Länder haben diese Entwicklung seit langem bei universitären und außeruniversitären Service-Einrichtungen in Form von Methodenentwicklung und -beratung, Daten- und Informationssammlung, Datenaufbereitung und -analyse gefördert.

Neben Vorhaben einzelner Forschungsgruppen an Universitäten entstanden mit dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, dem Informations-Zentrum Sozialwissenschaften in Bonn und dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln drei organisatorische und leistungsfähige Schwerpunkte.

Die wichtigsten Elemente des vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gemeinsam mit den Ländern und den beteiligten Einrichtungen entwickelten Konzepts zur Gründung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) sind folgende:

- Die bestehenden sozialwissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen an den Standorten Mannheim, Bonn und Köln werden in einer Dachorganisation mit gemeinsamer Zielsetzung, Planung, Organisation und Verantwortung zusammengefaßt.
- Die regionale Anbindung an Hochschulen bleibt erhalten bzw. wird, wo erforderlich, verstärkt.
- Die bisher informelle Zusammenarbeit wird durch gemeinsame Organe, vor allem das Kuratorium, institutionalisiert. Erfahrungen, Kapazitäten

und Mittel können damit besser genutzt, Doppelarbeit vermieden werden. Die Beibehaltung der regionalen Gliederung und der wissenschaftlichen Beiräte für jede der drei großen Einrichtungen von GESIS sorgt für wissenschaftliche Autonomie und sichert die fachliche Qualität.

- Die gemeinsame Zusammenarbeit in der Dachorganisation fördert die Aufgabenteilung, die Orientierung am wissenschaftlichen und öffentlichen Bedarf und die Zusammenarbeit mit Einrichtungen des In- und Auslandes.
- Die institutionell verankerte Finanzierung durch Bund und Länder ermöglicht eine gute Nutzung der Ressourcen und die zuverlässige Planung der wissenschaftlichen Arbeit.

Mit großer Zuversicht erwarten wir jetzt die praktische Bestätigung dieses Konzepts, das genügend Flexibilität für neue Anforderungen und kreative Änderungen bietet.

3) Lassen Sie mich, dem angekündigten Thema dieses Beitrags entsprechend, einige forschungspolitische Bemerkungen anschließen.

Politik und Soziologie stehen sich gegenwärtig erfreulicherweise nicht in einem gegenseitigen Verhältnis von Anforderungen gegenüber, das allzu leicht in eine gegenseitige Überforderung münden könnte. Politik und Soziologie, und das gilt insbesondere für die Forschungs- und Technologiepolitik, sehen ihre gemeinsamen und ihre getrennten Aufgaben in einem partnerschaftlichen Verhältnis. Minister RIESENHUBER hat das in seinem Eröffnungsvortrag auf dem Soziologentag in Hamburg im September des Vorjahres deutlich hervorgehoben.

Mit Genugtuung - und in der Tat steigenden Erwartungen - können wir das verstärkte Aufgreifen von Fragen nach dem Selbstverständnis, der Entwicklung und den Folgen von Naturwissenschaften und Technik in der deutschen soziologischen Forschung beobachten.

Im November 1982 hat Minister RIESENHUBER bei einer Geburtstagslaudatio für Karl DEUTSCH am WZB in Berlin auf den Bedarf an treffenden sozialwissenschaftlichen Analysen im Zusammenhang mit der Bewältigung des technischen und des zivilisatorischen Wandels hingewiesen. Diesen Appell



hat er mit der Einschätzung verbunden, daß die Sozialwissenschaften bei dem Versuch, soziale und wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten für eine technikgeprägte Zivilisation aufzuzeigen, auf einigen wichtigen Gebieten noch am Anfang ständen. Vier Jahre später konnte der Minister auf dem Deutschen Soziologentag eine beachtlich gefächerte und fundierte Zwischenbilanz soziologischer Forschung zur Herausforderung durch die Technik begrüßen. Forschungspolitik und Soziologie beschreiten offenbar einen guten, gemeinsamen Weg.

Wir alle spüren, daß der rasche Fortschritt der Naturwissenschaften in den letzten Jahrzehnten einerseits und die Spezialisierung wissenschaftlicher Disziplinen andererseits zu Verständigungsschwierigkeiten zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen Gruppen und Schichten der Gesellschaft, aber auch zwischen den großen wissenschaftlichen Strömen der Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften geführt haben. Manche sehen bereits einen Verlust der Einheit der Wissenschaften, ja der wissenschaftlichen Zielorientierung allgemein. Aus der Sicht der Forschungspolitik kann man dies auch so sehen, daß Verständigungs- und Orientierungsschwierigkeiten aufgetreten sind, diese aber vermutlich eher als Wachstumsprobleme, nicht als Sinnkrise eingeschätzt werden sollten. Wichtig ist daher in einer solchen Situation, daß die Geistes- und Sozialwissenschaften im Gedanken- und Erfahrungsaustausch, im Gespräch und in der Verständigung mit den Naturwissenschaften nicht nachlassen.

Dies ist der wichtigste Grund dafür, daß der Bundesforschungsminister in den letzten Jahren der Förderung von Geistes- und Sozialwissenschaften besonderes Augenmerk geschenkt hat, ohne die vorrangige Kompetenz der Länder in diesen Bereichen in Frage stellen zu wollen - was ja tabu ist. Ich meine, daß dies eine Politik ist, die ein Wort von Odo MARQUARD - in leicht abgewandelter Form - beherzigt: "Je moderner unsere Gesellschaft wird, desto wichtiger wird der Beitrag der Geistes- und Sozialwissenschaften zu ihrem Verständnis." Die Forschungspolitik der Bundesregierung wird bestrebt sein, diesen Anspruch aufzunehmen, ein Anspruch, der im Bundesforschungsbericht 1984 mit dem Hinweis auf Forschung als "Quelle kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Orientierungswissens" zum Ausdruck gekommen ist.



4) Die Förderung der Sozialwissenschaften durch den BMFT erfolgt seit Beginn 1986 im Rahmen des Förderkonzepts Sozialwissenschaften, in dem erstmals die Förderziele, Fördermaßnahmen und Förderinstrumente des Bundesforschungsministeriums zusammengefaßt und der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Das Förderkonzept ist - dem Ressortauftrag und den Ressortmöglichkeiten entsprechend - technikorientiert und nennt zwei inhaltliche Schwerpunkte :

- die Wechselwirkungen zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt und gesellschaftlicher Entwicklung und
- Technikwirkung und Technikakzeptanz in unserer gegenwärtigen Kultur.

Einen wesentlichen Bestandteil dieses Konzepts bildet die "Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen", GESIS, deren Gründung wir heute in Köln feiern.

5) Wir haben bei der Beobachtung von Veröffentlichungen, Tagungsprogrammen und Forschungsprojekten den Eindruck, daß die deutschen Sozialwissenschaften in einem vielfältigen und fruchtbaren Austausch mit der wissenschaftlichen Community in den USA stehen. Gegenseitige Einladungen, längerfristige Gastaufenthalte, Beteiligung an wissenschaftlichen Tagungen und Projekten sind zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten fest etabliert. Die an GESIS beteiligten Einrichtungen, nicht zuletzt das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung hier in Köln, sind dafür Beispiele. Aber haben wir im Vergleich dazu auch einen entsprechenden wissenschaftlichen Austausch und eine Kooperation der Sozialwissenschaftler in Europa, insbesondere mit Westeuropa und dies vor allem mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaften EG? Ich würde es begrüßen, wenn deutsche Sozialwissenschaftler und ihre international anerkannten Forschungs- und Infrastruktureinrichtungen über benachbarte Grenzen hinweg neue Initiativen prüfen und ergreifen würden. Könnte hier die in kurzer Zeit so wirksam gewordene Technologieinitiative EUREKA, mit der ich in besonderer Weise verbunden bin, ein Modell sein? Es liegt auf der Hand, daß Probleme und Fragestellungen des technischen Wandels, seiner Gestaltung und Auswirkungen in allen europäischen Staaten von Ost bis West, die sich in einem raschen industriellen Strukturwandel befinden, vergleichbar sind und zu gemeinsamen Antworten und Lösungen herausfordern. Eine



vertiefte Zusammenarbeit und Konzentrierung innerhalb Europas könnte nicht nur Ressourcen poolen, Synergieeffekte bewirken, Bezugspunkte für uns selbst liefern, sie würde auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs neue Anregungen, neue Tätigkeitsfelder und neue Wettbewerbsmerkmale entwickeln.

Sie nutzen und archivieren hier in Köln als Gründungsmitglied und Sekretariat des Committee of European Social Science Data Archives (CESSDA) die regelmäßigen Untersuchungen des Euro-Barometers; das Zentralarchiv stellt auch den Präsidenten der International Federation of Data Organizations for the Social Sciences (IFDO); eine ehrenvolle Aufgabe in der internationalen Zusammenarbeit. Das Informationszentrum Sozialwissenschaften in Bonn hat eine regelmäßige Zusammenarbeit mit dem Europäischen Koordinationszentrum für Sozialwissenschaften in Wien etabliert, das gegenwärtig der einzige Ort in Europa ist, an dem Sozialwissenschaftler aus Ost und West regelmäßig gemeinsame Projekte durchführen. Erfreulich ist die Zusammenarbeit der Datenarchive aus 12 europäischen Staaten im "Committee of European Social Science Data Archives", die vom Kölner Zentralarchiv ebenso wahrgenommen wird wie neue Kontakte zur empirischen Sozialforschung in der UdSSR. Die Federführung von ZUMA im "International Social Survey Project" gemeinsam mit den USA, Großbritannien und Australien ist ein internationaler Vertrauensbeweis für die Leistungsfähigkeit hiesiger Forschungsmethoden. Diese Ansätze könnten erweitert und ausgebaut werden. Das erste FAST-Programm der Europäischen Gemeinschaften, das Studien- und Untersuchungsprogramm, das sich mit der Vorausschau und der Bewertung wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen befaßt, ist letztes Jahr mit geringer deutscher Beteiligung abgeschlossen worden. In der Kommission und ihren Diensten in Brüssel, im Rat der Forschungsminister ist Enttäuschung über die geringe Resonanz nicht zu überhören, die dieses Programm bei den deutschen Sozialwissenschaftlern ausgelöst hat. Die jetzt laufende Auswertungsphase der Erfahrungen von FAST I, die in Vorschläge für eine zweite Phase münden soll, bietet eine geeignete Gelegenheit, vorhandene Schwierigkeiten und Hemmnisse zu beseitigen und mit konstruktiven Vorschlägen die nächste Phase dieses europäischen sozialwissenschaftlichen Programms mitzugestalten. Zudem: EG-Fördergelder erweitern in wachsendem Maße die eigenen Arbeitsmöglichkeiten. EG-Programme bringen immer mehr Forschergruppen über Landesgrenzen hinweg zusammen.

Bei Gesprächen in Paris, London oder Den Haag erfahre ich von der Förderung sozialwissenschaftlicher Vorhaben in diesen westeuropäischen Staaten. Die Fragestellungen sind die gleichen wie bei uns. Warum suchen wir nicht gemeinsam nach den Antworten?

Die in Vorbereitung und Realisierung stehenden Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der DDR, der UdSSR und anderen osteuropäischen Staaten werden zusätzliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit auch für die Sozialwissenschaften eröffnen. Wir haben sogar ein ausgeprägtes politisches Interesse daran; wir brauchen gemeinsame Fragestellungen und Themen nicht zu fürchten. Der Sekretär des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe RGW, Prof. Wiatcheslaw SYTSCHOW, hat auf dem Symposium "Neue Perspektiven der EG-Beziehungen mit den RGW-Ländern" in Hamburg Ende März d.J. als Gegenstand von RGW-Interessen solche Themen wie die Wechselwirkung zwischen der Entwicklung neuer Technologien, der Beschäftigung und dem Arbeitsprozeß genannt, die Entwicklung von Systemen regenerierbarer natürlicher Ressourcen, die Entwicklung neuer Technologien im Nachrichtenwesen, in der Land- und Nahrungsmittelwirtschaft, die Veränderungen im Dienstleistungsbereich unter dem Einfluß des technologischen Wandels - Themen, die weitgehend Schwerpunkten der sozialwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik entsprechen. Ich würde mich freuen, wenn die Gründung von GESIS auch in der internationalen, insbesondere der europäischen Zusammenarbeit zu neuen Initiativen der Sozialwissenschaften führen könnte. Lassen Sie das Bundesforschungsministerium wissen, wenn es dabei Schwierigkeiten oder Unsicherheiten zu überwinden gilt, wo noch zu helfen, zu ermutigen, zu informieren ist.

Die deutschen Sozialwissenschaften haben mit der Gründung von GESIS ein neues, in seinen Elementen schon bewährtes Instrument für die wissenschaftliche Forschung erhalten. Ich wünsche allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von GESIS einen weiteren guten und erfolgreichen Einsatz dieses Instrumentes. Ich unterstütze diesen Wunsch gerne mit dem Versprechen, daß Forschungspolitik und Forschungsadministration des Bundes diese neue Einrichtung mit ihren intensiven Erwartungen ermutigen und beunruhigen, mit ihrer anhaltenden Förderung begleiten und stimulieren werden. Glück auf!

Dr. Josef Rembser
BMFT
Heinemannstr. 2-10
5300 Bonn 2



Erweiterungen im Datenangebot des Zentralarchivs

Seit der letzten Ausgabe des ZA-Studienverzeichnisses sind wieder eine Reihe von Datensätzen archiviert worden. In dieser Zusammenstellung sind folgende Angaben aufgeführt: ZA-Archiv-Nr., Titel der Studie, Primärforscher bzw. Erhebungsinstitut und Erhebungsjahr. Weitere Details sind auf Anfrage in Form von "Studienbeschreibungen" erhältlich.

- 1336 ZUMABUS 7
U. THAYSEN, Hochschule Lüneburg;
M. KÜCHLER, ZUMA, Mannheim
GETAS, Bremen; 1984
- 1337 ZUMABUS 8
G. BUHRINGER, Institut für Therapieforschung, München;
J. GERCHOW, Universität Frankfurt;
G. FREDERICHS, Kernforschungszentrum Karlsruhe;
F. BÖLTKEN, Bundesanstalt für Landeskunde und Raumplanung,
Bonn-Bad Godesberg;
ZUMA, Mannheim
GETAS, Bremen; 1984
- 1541 Eurobarometer 23 (The European Currency Unit and Working
Conditions) 1985
- 1542 Eurobarometer 24 (Entry of Spain and Portugal) 1985
- 1543 Eurobarometer 25 (Urlaubs- und Reiseverhalten, Umweltprobleme,
verkehrstechnische Maßnahmen und Projekte in Europa) 1986
J.R. RABIER, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel;
H. RIFFAULT, Faits et Opinions, Paris;
R. INGLEHART, University of Michigan, Ann Arbor
DIMARSO, Brüssel;
EMNID, Bielefeld;
Gallup Markedsanalyse, Hellerup;
Institut de Sondages Lavialle, Issy-Les-Moulineaux;
IC AP Hellas, Athen;
Irish Marketing Surveys, Dublin;
DOXA, Mailand;
ILRES, Luxemburg;
NIPO, Amsterdam;
Social Surveys (Gallup Poll), London
- 1545 Einstellung der Bevölkerung zur Entwicklungshilfe und
Entwicklungspolitik
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn
INFRATEST, München; 1985
- 1546 Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten
EMNID, Bielefeld; 1983
- 1547 Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten
EMNID, Bielefeld; 1985
- 1548 Lebensbedingungen und Bedürfnisse älterer Menschen
EMNID, Bielefeld; 1984



- 1549 Privater Umweltschutz
EMNID, Bielefeld; 1985
- 1551 Landtagswahl in Bayern
1552 Bürgerschaftswahl in Hamburg
Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim
MARPLAN, Offenbach; 1986
- 1554 Politische Einstellungen und gesellschaftliche Wertorientierungen in
der Bundesrepublik
1555 Gesellschaftliche Strukturen und politische Einstellungen in Bayern
1556 Gesellschaftliche Strukturen und politische Einstellungen in Hamburg
IPOS, Mannheim
MARPLAN, Offenbach; 1986
- 1558 Vorkommen und Probleme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften
(Verheiratete)
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn
EMNID, Bielefeld; 1983
- 1569 Jugend-Studie 1986 (Jugend zwischen 13 und 24)
EMNID, Bielefeld; 1986
- 1570 Typologie der Wünsche 1984
1571 Typologie der Wünsche 1986
Burda Marktforschung, Offenburg
IFAK, Taunusstein;
GETAS, Bremen
- 1572 Darmstadt-Studie (Familien) 1949
1573 Darmstadt-Studie (öffentliche Meinung) 1950
1574 Darmstadt-Studie (Arbeiter) 1949
1575 Darmstadt-Studie (Volksschulen) 1949
1576 Darmstadt-Studie (Höhere Schulen) 1951
1577 Darmstadt-Studie (Berufsschulen) 1949
Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Darmstadt
- 1578 Sozialökologische Bedingungen der Eingliederung ausländischer
Arbeitnehmer im Ruhrgebiet (Ausländer in Duisburg)
1579 Sozialökologische Bedingungen der Eingliederung ausländischer
Arbeitnehmer im Ruhrgebiet (Deutsche in Duisburg)
H. ESSER, Gesamthochschule Essen;
Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung,
Duisburg; 1982
- 1580 Kulturelle und ethnische Identität bei Arbeitsmigranten im inter-
textuellen und intergenerationalen Vergleich
H. ESSER, Gesamthochschule Essen;
Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Forschungsstelle
vergleichende Stadtforschung, Hamburg; 1983

Disketten und Computernetze für den ZA-Datenservice

Magnetbänder sind das traditionell bewährte Medium für den Datentransfer. In den vergangenen Jahren haben zwei weitere Transportmittel für Daten an Bedeutung gewonnen: die Diskette und Computernetzwerke, hier insbesondere in der praktischen Nutzung des European Academic and Research Network (EARN). Das Zentralarchiv hat die Nutzung dieser Medien auch für den sozialwissenschaftlichen Datenservice unterstützt und vereinzelte Nachfragen aus dem In- und Ausland auf diesen Wegen bedient. Die Nutzung der Computernetzwerke ist in den ZA-Informationen schon ausführlich vorgestellt worden (vgl. ZA-Information Nr. 14, S. 59ff., Nr. 16, S. 95ff., Nr. 18, S. 20ff.). Deshalb wollen wir uns hier auf einige Erläuterungen zum Datentransfer auf Disketten konzentrieren.

Standardmäßig können Anfragen nach 5 1/4-Zoll-Disketten für einen IBM-PC XT oder IBM-PC AT (oder kompatible Geräte) bedient werden. Gegenüber einem Magnetband ist die Kapazität einer Diskette jedoch recht beschränkt. Auf einem XT kann eine Diskette nur mit 360 KB beschrieben werden, dies entspricht etwa 4000 Lochkarten. Viele der im Zentralarchiv nachgefragten Studien gehen beträchtlich über diesen Umfang hinaus, was eine Aufteilung eines Datensatzes auf mehrere Disketten erforderlich macht. So beansprucht beispielsweise der ALLBUS 1984 10 Disketten. Der AT allerdings verfügt auch über ein Laufwerk, das 5 1/4-Zoll-Disketten bis zu 1,2 MB beschreiben kann. Die Notwendigkeit einer Aufteilung der Dateien besteht hier also weit weniger oft. Bei dem Empfänger müssen nun die Bedingungen vorhanden sein, diese Disketten wieder zu lesen. Insbesondere muß der Empfänger über einen PC mit einer Festplatte verfügen, um aufgeteilte Dateien wieder zusammenzufügen. Die Bereitstellung von 3 1/2-Zoll-Disketten ist ebenfalls möglich.

Die Daten werden als Rohdaten verschickt, wie das auch bei dem Versand von Magnetbändern geschieht, da die Transferierbarkeit von SPSS-Systemfiles häufig mit Problemen verbunden ist. SPSS- oder SPSSX-Steuerkarten können auf Wunsch des Benutzers mitgeliefert werden, sofern solche bei uns archiviert sind. Da die SPSS-PC-Steuerkarten meist auf den Benutzer in Art und Umfang zugeschnitten werden müssen, werden die SPSS-Steuerkarten, die uns für Mainframe-Versionen vorliegen, nicht standardmäßig in einer PC-Version vorrätig gehalten. Individuelle Anpassungen muß der



Empfänger letztlich selbst vornehmen. Um Anpassungsprobleme zu vermeiden, ist bei der Bestellung von Daten auf Disketten in jedem Fall eine detaillierte Absprache mit dem Zentralarchiv zu empfehlen.

Diese detaillierte Absprache ist auch bei dem Versand der Daten über EARN erforderlich. Insbesondere sollte sich der Empfänger in seinem Rechenzentrum über die Empfangsmodalitäten informieren: Wie und wo kommen die Daten dort an? Wie können sie gelesen und kopiert (gesichert) werden? Wie lange sind sie an der Ankunftsstelle zugänglich? Auch bei dem Versand über EARN werden nur Rohdaten und SPSS-Steuerkarten - also keine Systemfiles - verschickt.

Erwin Rose

Bericht über das Frühjahrsseminar 1987 vom 9. bis 27.3.1987: Analyse von Zeitreihen

In der Sozialforschung werden zusehends Daten verfügbar, die zur Beschreibung und Analyse zeitlicher Veränderungen herangezogen werden können: Mehr und mehr Umfragen liefern Daten auf vergleichbarer Basis, in steigendem Maße werden von der Sozialforschung Quellen erschlossen, aus denen Indikatoren für Langzeitveränderungen entwickelt werden können. In dem Maße, wie sich die Zahl der Zeitpunkte erhöht, für die entsprechende Daten zur Verfügung stehen, genügt die bloße Inspektion von Trends nicht mehr: Es bedarf spezieller Verfahren, um Entwicklungsrichtungen und Brüche genauer analysieren zu können. Die üblicherweise eingesetzte Regressionsanalyse hilft nicht weiter, weil bei Zeitreihendaten das Problem autokorrelierter Residuen besteht. Eine Alternative sind die von BOX und JENKINS entwickelten ARIMA-Modelle.

Gegenstand des Frühjahrsseminars war die Analyse von Zeitreihen vor allem mit Hilfe der ARIMA-Modelle. Ihre Eigenschaften, Möglichkeiten und Probleme wurden im Vorlesungsteil des Seminars von Dr. Helmut THOME und Dr. Margret ROTTLEUTHNER-LUTTER (beide Berlin) dargestellt; in den Arbeitsgruppen wurde versucht, das Wissen praktisch umzusetzen.



Dabei wurde das Programmpaket SAS verwendet, das über eines der derzeit wohl umfangreichsten und brauchbarsten Unterprogramme zur Zeitreihenanalyse verfügt. Der Vorlesungsteil wurde durch Gastvorträge ergänzt: Dr. RUDOLPH (Nürnberg) sprach von Saisonbereinigung am Beispiel arbeitsmarktstatistischer Daten, Professor STAHL (Berlin) über Prognoseverfahren, Professor KIRCHGÄSSNER (Osnabrück) über spezielle Probleme der Zeitreihenanalyse und alternativer Verfahren.

In den Arbeitsgruppen standen Datensätze zur Verfügung, die - neben Umfragedaten - auch Daten der amtlichen Statistik oder Ergebnisse von Inhaltsanalysen enthielten. Die Datensätze wurden z.T. eigens für das Frühjahrsseminar aus verschiedenen Beständen des Zentralarchivs erstellt.

In der Arbeitsgruppe "Determinanten der Demokratiezufriedenheit" (Leitung: Dieter FUCHS) wurde auf der Basis von Umfragedaten versucht zu überprüfen, ob es aufgrund von spezifischen Unzufriedenheiten mit wirtschaftlichen Entwicklungen und politischen Ereignissen in den letzten 15 Jahren einen Trend abnehmender Demokratiezufriedenheit gegeben hat. Diese Annahme konnte zurückgewiesen werden, d.h. es ließ sich weder ein Trend in der Zeitreihe der Demokratiezufriedenheit nachweisen noch konnten die Schwankungen der Zufriedenheit über den genannten analysierten Zeitraum hinweg auf solche spezifische Faktoren zurückgeführt werden.

In der Arbeitsgruppe "Sozioökonomische Determinanten der Kriminalitätsentwicklung" (Leitung: Steffen KÜHNEL) wurde dem Zusammenhang von Konjunktur und Kriminalität sowohl auf der Basis historischer als auch aktueller Daten nachgegangen. Für die Berechnung und Bereinigung von Trends aus univariaten Zeitreihen und die univariate Datenanalyse wurde ein Datensatz des Bundeskriminalamtes zur monatlichen Anzahl von Fahrraddiebstählen (Tatzeitstatistik von 1953 bis 1982) analysiert. Für die Analyse des Zusammenhangs zwischen zwei Zeitreihen wurde die Diebstahlsbelastungsziffer in Abhängigkeit vom Preisniveauindex für Grundnahrungsmittel für die Jahre 1883 bis 1914 betrachtet. Dabei konnten bemerkenswerterweise mit dem BOX-JENKINS-Verfahren im wesentlichen die Ergebnisse repliziert werden, die bereits am Anfang dieses Jahrhunderts mit einfacheren Methoden erarbeitet wurden.



In der Arbeitsgruppe "Massenmedien und soziale Realität" (Leitung: Dr. Karl-Heinz REUBAND) ging es um die Frage des Verhältnisses von sozialer Realität und Berichterstattung am Beispiel des Drogenproblems. Dabei wurden Angaben aus der Kriminalstatistik als Maßstab für "objektive" Realität genommen und untersucht, wie sehr sich Veränderungen in diesem Bereich auf Veränderungen in der Berichterstattung in Tageszeitungen auswirken. Gleichzeitig wurden auch mögliche Rückwirkungen auf polizeiliches Handeln - am Beispiel der polizeilich erstaußälligen Fixer - geprüft. Zumindest in Ansätzen ergaben sich Hinweise dafür, daß zwischen dem Ausmaß der Berichterstattung in einigen Zeitungen und der Drogenentwicklung Zusammenhänge bestehen.

Karl-Heinz Reuband

Neues Werkbuch in der Reihe von International Social Science Council Workbooks in Comparative Analysis

Die in der letzten Ausgabe (ZA-Information 19, S. 15ff.) vorgestellten Werkbücher sind um ein weiteres Buch ergänzt worden:

Centre-Periphery Structures in Western Europe

Stein ROKKAN, Derek URWIN, Frank AAREBROT, Pamela MALABA, Terje SANDE

This workbook offers an introduction to comparative research of territorial structures over time. The history of territory-formation in Western Europe: the Organization of the central city belt, the establishment of unitary states at the edges of this belt, and the subjugation of ethnically distinctive and economically backward peripheries towards the West and East of these territories. A review of the geopolitical history of Great Britain, Norway, Switzerland and the Federal Republic of Germany helps to identify the major centres and characteristics of the different types of peripheries. In addition to correlation, Cluster and factor analysis the authors use thematic maps to train the understanding of sources of Variation across geographical units.



Das aktuelle Thema: 30 Jahre Europäische Gemeinschaft

Am 25. März 1957 wurden in Rom die Gründungsverträge der EWG und der Atomgemeinschaft Euratom unterzeichnet. Damit legten die sechs Staaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande den Grundstein für den gemeinsamen Markt mit den Kernelementen: Zollunion, freier Warenverkehr, gemeinsame Wettbewerbsordnung und gemeinsame Agrarpolitik.

Das ursprüngliche "Europa der Sechs" hat sich inzwischen zu einem Gebilde mit 12 Mitgliedstaaten entwickelt. Diese Entwicklung der EG war und ist durch zahlreiche Probleme gekennzeichnet, die sich oftmals auch in gesamtgesellschaftlichen Stimmungslagen manifestieren. Zur Bewältigung dieser Probleme wurde es als sinnvoll erachtet, diese Stimmungen und die zugrunde liegenden Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung fortwährend zu erforschen. Zu diesem Zweck werden seit 1973 auf Initiative der Europäischen Gemeinschaften, alljährlich im Frühjahr und Herbst, Umfragen zur Erforschung der öffentlichen Meinung zu allgemeinen und Europa-spezifischen Themen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden unter der Bezeichnung "Eurobarometer" veröffentlicht.

Einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung eines jeden Mitgliedstaates der EG wird ein für alle Länder vergleichbarer Fragebogen vorgelegt. Die Eurobarometer bieten somit nicht nur die Chance eines internationalen Vergleichs, sondern - wegen der wiederkehrenden Verwendung gleicher Fragenwortlaute - auch die Möglichkeit einer Zeitreihenanalyse. Die nachfolgende Tabelle und das Schaubild geben einen Eindruck von den Verwendungsmöglichkeiten dieser Daten. Wir haben aus den Eurobarometern eine Fragestellung zur politischen Vereinigung Europas herausgegriffen.

Eine weitere in diesem Zusammenhang interessierende Fragestellung ist: Wie war die Meinung der Europäer zu einem geeinten Europa in den frühen 50er Jahren - also vor der Gründung der EWG?

Hierüber können die HICOG-Reports informieren. Zwei Umfragen aus den Jahren 1951 und 1954 zeigen, daß die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung der Idee eines geeinten Europas positiv gegenüber eingestellt war. Die amerikanischen Forscher jener Jahre kommen freilich zu dem



Tabelle 1

Frage: "Sind Sie alles in allem für oder gegen die derzeitigen Bemühungen zur Vereinigung Westeuropas?"

Sind Sie sehr dafür - etwas dafür - etwas dagegen - sehr dagegen?"

Quelle: Eurobarometer Nr. 24; Dezember 1985, S. 65 f. und die ZA-Archiv-Nrn. 0686-0694, 1320, 1542.

Land	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	UK ¹	GR	E	P	EG (Ø)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
September 1973													
Sehr dafür	22	17	49	23	21	34	47	34	14	-	-	-	30
Etwas dafür	38	28	29	45	31	36	33	39	23	-	-	-	33
Etwas dagegen	3	14	4	3	8	2	1	8	15	-	-	-	6
Sehr dagegen	2	18	2	1	4	1	-	7	15	-	-	-	5
Keine Antwort ²	35	23	16	28	36	27	19	12	33	-	-	-	26
März-April 1984													
Sehr dafür	20	11	27	29	17	28	43	30	17	28	39	29	25
Etwas dafür	47	25	45	52	41	49	39	51	45	29	17	14	46
Etwas dagegen	9	20	10	6	9	7	6	7	16	11	5	3	10
Sehr dagegen	3	23	3	2	4	1	2	3	7	9	4	5	4
Keine Antwort	21	21	15	11	29	15	10	9	15	23	35	49	15
Oktober-November 1985													
Sehr dafür	19	13	32	28	18	32	41	28	27	24	36	28	28
Etwas dafür	59	24	42	55	41	52	35	48	26	43	35	28	47
Etwas dagegen	6	19	13	7	11	4	11	9	15	12	3	4	9
Sehr dagegen	2	28	3	1	4	1	3	5	8	7	2	3	4
Keine Antwort	14	16	10	9	26	11	10	10	24	14	24	37	12

1) 1973 nur Großbritannien ohne Nordirland.

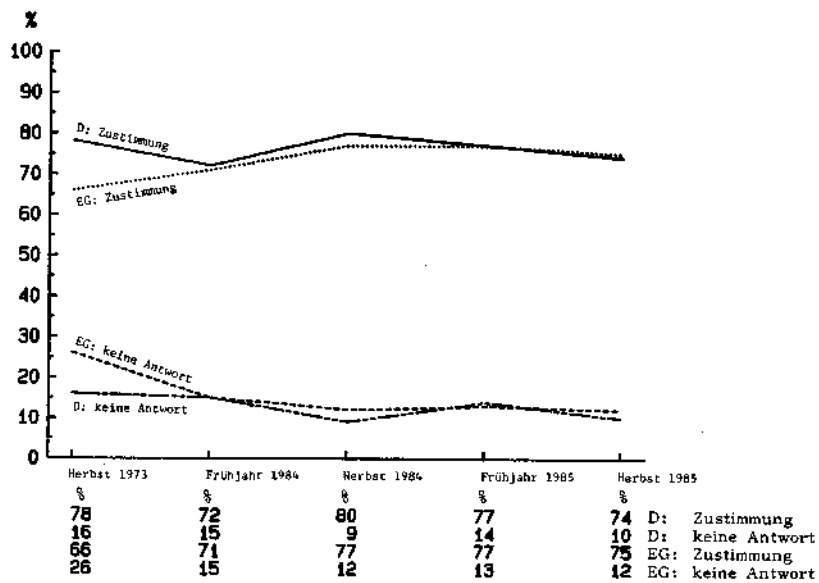
2) 1973 lautete eine Antwortmöglichkeit "weder noch"; die entsprechenden Werte wurden den Werten für "keine Antwort" hinzugerechnet. Die geänderte Formulierung erklärt vielleicht zum Teil den späteren Rückgang der Nicht-Antworten.



Schluß, daß diese Zustimmung eher gefühlsmäßig begründet war und weniger auf einem klaren Verständnis des Europa-Gedankens basierte (vgl. HICOG, No. 111, 1951, S. 1).

Abbildung 1: Zustimmung zur politischen Vereinigung Europas
- in der Bundesrepublik sowie in der gesamten EG -

Die Kategorien "sehr dafür" und "etwas dafür" sind zu "Zustimmung" zusammengefaßt.



Bemerkenswert ist, daß der Anteil derjenigen, die eine Vereinigung Europas befürworten, im Verlauf der frühen 50er Jahre noch gestiegen ist (vgl. Tabelle 2). Mindestens ebenso auffällig ist aber, daß ca. 1/5 der Befragten 1954 keine Meinung zu diesem Thema hatten. Die hohe Meinungslosigkeit ist im übrigen auch kennzeichnend für die Eurobarometer-Studien.



Tabelle 2

Frage 1951: "Are you, generally, for or against an union of Europe?"

Frage 1954: "Are you in general for or against making efforts towards uniting West Europe?"

	1951				1954		
	for	against	qualified replies	no opinion	for	against	no opinion
All	68%	6%	4%	22%	73%	9%	18%
Sex							
Men	82%	5%	4%	9%	80%	9%	11%
Women	57%	7%	3%	33%	68%	4%	28%
Education							
Elementary School	65%	6%	3%	26%	71%	6%	23%
Beyond elem. School	84%	5%	5%	6%	86%	8%	6%
Age							
from 18 - 24 years	72%	4%	6%	18%	72%	6%	22%
from 25 - 34 years	75%	8%	2%	15%	78%	6%	16%
from 35 - 44 years	68%	5%	4%	23%	78%	6%	16%
from 45 - 54 years	67%	7%	4%	22%	66%	9%	25%
55 years and over	62%	5%	2%	31%	74%	4%	22%

Quelle: HICOG, No. 111, 1951

HICOG, No. 200, 1954

Dietmar Kaross

Heinz H. Fischer



Black & White, anfängliche Antwortunsicherheit,
Mover-Stayer, Third Force oder was?
Ein paar weitere Überlegungen zu Jagodzinski's Analyse
des Postmaterialismus Panels

von Rolf Langeheine

In der ZA-Information 19 hat JAGODZINSKI (1986) gezeigt, wie man die Zuverlässigkeit materialistischer und postmaterialistischer Antworten aus einem 3-Wellen Panel mit Hilfe von Modellen für nominalskalierte Daten beurteilen kann. Er benutzt dazu eine relativ anspruchslöse statistische Schätzmethode (die OLS-Schätzung) und führt keine statistischen Tests zur Prüfung der von ihm untersuchten Modelle durch. Er begründet dies damit, daß die Fallzahl zu gering ist und die 3x3x3-Tabelle folglich zahlreiche Nullzellen enthält.

Ich möchte im folgenden zeigen, daß es dennoch angeraten ist, auf eine inzwischen gut etablierte anspruchsvollere Schätzmethode (die ML-Schätzung) zu bauen sowie statistische Tests auf Modellverträglichkeit (mittels Likelihood-Quotienten-Test) durchzuführen. Das dabei aufgrund der spezifischen Datenkonstellation auftauchende Problem zahlreicher Nullzellen - genauer: das Problem von niedrigen Erwartungswerten, insbesondere kleiner 1 - läßt sich auf zwei Arten berücksichtigen. Die eine Möglichkeit besteht darin, beobachtete Teststatistiken mit solchen zu vergleichen, die man aufgrund von Simulationen erhalten hat. Dieser Weg, den z.B. AITKIN, ANDERSON & HINDE (1981) gewählt haben, ist allerdings sehr aufwendig. Er soll daher hier nicht verfolgt werden. Die zweite Möglichkeit - sie wurde verschiedentlich von ANDERSEN (z.B. 1982, 1985, 1987) praktiziert - besteht darin, alle Zellen zusammenzufassen, die einen bestimmten Erwartungswert unterschreiten. Als Kriterium für diese Zusammenfassung wähle ich hier 1, da Zellen mit Erwartungswert kleiner 1 die resultierende Chi-Quadrat-Statistik für die Gesamttabelle besonders stark verzerren können (zu Details des Vorgehens s.u.).

In Tabelle 1 finden sich die beobachteten sowie die unter verschiedenen Modellen erwarteten Häufigkeiten (ich weise darauf hin, daß sich die Reihenfolge der Zellen/Antwortmuster/Konfigurationen von der JAGODZINSKI's unterscheidet). Auf das von JAGODZINSKI ebenfalls angepaßte Modell M1 gehe ich nicht weiter ein, da dies ein Modell ist, das



Tabelle 1: Postmaterialismus in der ALLBUS-Studie. Beobachtete und erwartete Häufigkeiten unter verschiedenen Modellen sowie Likelihood-Ratio-Testgrößen (L2) und Freiheitsgrade (df)

Zeitpunkt t_1 t_2 t_3	Beobachtete Häufigkeiten	Erwartete Häufigkeiten unter Modell		
		M2	M3	M4
1 1 1	24	24.	24.	23.94
2 1 1	5	1.81	5.	5.07
3 1 1	1	.45	.36	.29
1 2 1	3	1.81	1.45	3.04
2 2 1	9	7.25	5.82	9.15
3 2 1	0	1.81	1.45	1.51
1 3 1	0	.45	.36	.16
2 3 1	1	1.81	1.45	.72
3 3 1	1	.45	.36	.12
1 1 2	4	1.81	1.45	4.11
2 1 2	9	7.25	5.82	7.93
3 1 2	0	1.81	1.45	1.27
1 2 2	10	7.25	10.	8.66
2 2 2	38	38.	38.	39.35
3 2 2	8	7.25	8.	6.69
1 3 2	0	1.81	1.45	.69
2 3 2	3	7.25	5.82	3.28
3 3 2	1	1.81	1.45	1.02
1 1 3	0	.45	.36	.06
2 1 3	0	1.81	1.45	.28
3 1 3	0	.45	.36	.05
1 2 3	0	1.81	1.45	.32
2 2 3	4	7.25	5.82	2.61
3 2 3	4	1.81	1.45	4.66
1 3 3	0	.45	.36	.03
2 3 3	5	1.81	5.	5.61
3 3 3	22	22.	22.	21.39
L ² , df		42.45,23	31.81,19	13.81,12
Korrig. L ² , df		38.21,18	27.52,14	7.04,3

Anmerkungen: Die drei möglichen Kategorien für Materialisten, Mischtypen und Postmaterialisten werden hier mit 1 (MAT), 2 (MIX) und 3 (PMA) bezeichnet.

meines Wissens bisher nie als für Panel-Daten passend gezeigt wurde. Man kann den Grund bereits an den Daten sehen: die drei Zellen 111, 222 und 333 machen bereits 55% der Stichprobe aus. Ein pures Zufallsmodell braucht also nicht betrachtet zu werden.

Alle im folgenden untersuchten Modelle sind Spezialfälle des von GOODMAN (1974) vorgestellten allgemeinen Latent-Class-Modells (LCM; eine deutschsprachige Darstellung findet sich z.B. in LANGEHEINE, 1986). Die Testung erfolgte in jedem Fall mit dem Programm MLLSA (CLOGG, 1977). Zur Entscheidung über Annahme/Ablehnung eines Modells sowie für den Vergleich zweier Modelle verwende ich jeweils ein α von 0.05.

Das von JAGODZINSKI untersuchte und auch hier so bezeichnete Modell M2 entspricht dem Black & White Modell von CONVERSE (1964, 1970). Dieses Modell, das leider häufig mit dem Mover-Stayer Modell von BLUMEN, KOGAN & MCCARTHY (1955) verwechselt wird (so u.a. von DUNCAN, 1985 und TAYLOR, 1983), nimmt an, daß sich die Stichprobe in zwei Gruppen aufteilen läßt, die sich hinsichtlich ihres Antwortverhaltens über die Zeit scharf unterscheiden. In die eine Gruppe fallen solche Personen, deren Antwortverhalten über die Zeit völlig stabil ist. In der anderen Gruppe sind all jene Personen zu finden, die zu jedem Zeitpunkt völlig nach dem Zufallsprinzip antworten. Übersetzt man diese Überlegungen in ein LCM, so sind zur Testung via MLLSA 4 Klassen zu spezifizieren. Die Parameter dieses Modells finden sich in Tabelle 2, wobei die bedingten Wahrscheinlichkeiten ausnahmslos a priori auf die angegebenen Werte fixiert werden. In die Klasse 1 können also nur Personen fallen, die sich zu allen drei Zeitpunkten als Materialisten bezeichnet haben. In der Klasse 2 finden wir die stabilen Mischtypen und in Klasse 3 die stabilen Postmaterialisten. In der Terminologie von CONVERSE bilden diese zusammen die Gruppe mit zeitstabilem Antwortverhalten. Klasse 4, schließlich, enthält alle die Personen, von denen angenommen wird, daß sie nach dem Zufallsprinzip geantwortet haben, die Meinungslosen also. Normalerweise wären alle bedingten Wahrscheinlichkeiten in dieser Klasse als gleichwahrscheinlich zu spezifizieren. Daß hier je Zeitpunkt die Werte .1667, .6666, .1667 gewählt wurden, liegt lediglich daran, daß die Kategorie Mischtyp unter Zufallsbedingungen eine Wahrscheinlichkeit von 4/6 hat, während diese für die Kategorien Materialist und Postmaterialist jeweils 1/6 beträgt (vgl. JAGODZINSKI). Die erwarteten Häufigkeiten unter M2 (vgl. Tabelle 1) stimmen praktisch mit denen von



Tabelle 2: Parameter für das Modell M2

Zeitpunkt	Kategorie	Klasse			
		1	2	3	4
<u>Bedingte Wahrscheinlichkeiten</u>					
t ₁	1	1	0	0	.1667
	2	0	1	0	.6666
	3	0	0	1	.1667
t ₂	1	1	0	0	.1667
	2	0	1	0	.6666
	3	0	0	1	.1667
t ₃	1	1	0	0	.1667
	2	0	1	0	.6666
	3	0	0	1	.1667
<u>Klassenanteile</u>					
		.155	.059	.142	.644

Anmerkung: Alle bedingten Wahrscheinlichkeiten sind a priori auf die angegebenen Werte fixiert (vgl. Text).

JAGODZINSKI überein. Auch hinsichtlich der erwarteten Gruppenstärken (Klassenanteile *N) sind die Resultate fast identisch. Daß nicht alle beobachteten stabilen Materialisten, Mischtypen bzw. Postmaterialisten den latenten Typen (Klassen) 1 bis 3 zugeordnet werden, liegt daran, daß es unter ersteren ja auch Personen geben kann, die diese Antwortsequenz rein per Zufall angeben. Diese werden daher den Meinungslosen (Klasse 4) zugeschlagen, da von diesem Typ angenommen wird, daß er alle 3³ Antwortmuster generiert. Der Modelltest zeigt nun aber, daß M2 nicht paßt: $L^2=42.45$, $df=23$ (vgl. Tabelle 1). Die Freiheitsgrade ergeben sich aus 27 (Zellen) -1 -3 (geschätzte Parameter, d.h. den nicht-redundanten Klassenanteilen). Wir sehen allerdings, daß es unter M2 6 erwartete Häufigkeiten kleiner 1 gibt. Diese und ebenso die entsprechenden beobachteten Häufigkeiten wurden also zu einer Gruppe zusammengefaßt, so daß die Berechnung



des korrigierten L^2 und der entsprechenden Freiheitsgrade auf 22 Zellen beruht. Das Ergebnis führt aber ebenfalls zur Ablehnung von M2.

Wir müssen also weniger restriktive Annahmen machen als unter M2. JAGODZINSKI zwingt daher unter M3 die Konfigurationen 211, 122, 322 und 233 nicht voll in die Zufallsgruppe, sondern erlaubt - und das ist eine analoge Formulierung - für die drei zeitstabilen Typen unter M3 bestimmte Antwortunsicherheiten zum Zeitpunkt t_1 : Unter den Materialisten dürfen auch Personen sein, die zu t_1 die Kategorie Mischtyp gewählt haben; bei dem Mischtyp dürfen sich Antworten sowohl in der Kategorie 1 als auch in der Kategorie 3 finden; und für Postmaterialisten ist ebenfalls die Kategorie Mischtyp zugelassen. Nach den Ausführungen von JAGODZINSKI ist dies ein theoretisch sehr plausibles Modell. Die entsprechenden Parameter für M3 sind in Tabelle 3 wiedergegeben.

In probabilistischer Terminologie lassen sich die Klassen 1, 2 und 3 immer noch als Materialisten, Mischtypen und Postmaterialisten bezeichnen, da auch zum Zeitpunkt t_1 die jeweils entsprechende Kategorie mit hoher Wahrscheinlichkeit herausragt. Aber immerhin finden wir unter den Materialisten und Postmaterialisten 13% bzw. 14% Personen, die sich in der ersten Welle als Mischtypen zu erkennen gegeben haben. Und bei dem Mischtyp beträgt der Anteil derjenigen, die sich den beiden Nachbarkategorien zugeordnet haben, rund 30%. Vergleicht man die Klassenanteile mit den erwarteten Gruppenstärken von JAGODZINSKI, so zeigen sich stärkere Diskrepanzen als unter M2. Im übrigen ergeben sich folgende Anteile für die Zeitstabilen:

Materialisten	= .179 * .870 = .156,
Mischtyp	= .139 * .698 = .097,
Postmaterialisten	= .165 * .859 = .142.

Die Diskrepanz gilt ebenfalls für die erwarteten Häufigkeiten (vgl. Tabelle 1). Während hier alle Konfigurationen, die nicht ausschließlich unter den Zufallstyp gezwungen werden (also die Antwortmuster 111, 211, 122, 222, 322, 233 und 333), erwartungsgemäß perfekt angepaßt werden, trifft dies für JAGODZINSKI's Ergebnisse nicht zu. Hier zeigt sich also relativ deutlich eine Schwäche der "einfacheren" OLS-Schätzung.

Wie die Ergebnisse des Modelltests schließlich zeigen, ergibt sich unter M3 gegenüber M2 zwar eine signifikante Verbesserung ($L^2_{M2} - L^2_{M3} = 10.64$ unkorrigiert bzw. 10.69 korrigiert bei 23-19 bzw. 18-14=4 df) der An-



Tabelle 3: Parameter für das Modell M3

Zeitpunkt	Kategorie	Klasse			
		1	2	3	4
<u>Bedingte Wahrscheinlichkeiten</u>					
t_1	1	.870	.198	0	.1667
	2	.130	.698	.141	.6666
	3	0	.104	.859	.1667
t_2	1	1	0	0	.1667
	2	0	1	0	.6666
	3	0	0	1	.1667
t_3	1	1	0	0	.1667
	2	0	1	0	.6666
	3	0	0	1	.1667
<u>Klassenanteile</u>					
		.179	.139	.165	.517

Anmerkung: Alle bedingten Wahrscheinlichkeiten von 0 oder 1 sowie alle in Klasse 4 sind a priori fixiert.

passung, aber auch dieses Modell kann aufgrund beider Teststatistiken nicht angenommen werden.

Was tun? Eine Möglichkeit bei der Suche nach einem mit den Daten kongruenten Modell besteht darin, rein explorativ vorzugehen. Man könnte z.B. solche Zellen, für die die Anpassung unter M3 besonders schlecht ist, sukzessive von der exklusiven Zuordnung zu der Zufallsgruppe befreien. Unter theoretischen Gesichtspunkten wäre dies allerdings ein wenig wünschenswertes Vorgehen. Ich möchte deshalb im folgenden drei Modelle betrachten, denen bestimmte theoretische Überlegungen zugrunde liegen.



Wenn das Modell M2 nicht mit den Daten verträglich ist, so kann das u. a. daran liegen, daß die Annahme, eine Gruppe antworte pur nach Zufall, nicht zutrifft. Anstatt die Parameter der Klasse 4 unter M2 zu fixieren, könnte man diese also frei variieren lassen. Dies entspricht einer bestimmten Version des Mover-Stayer Modells von BLUMEN et al. (1955). Die Klassen 1 bis 3 zusammen bilden dann die Gruppe der (stabilen) Stayer, und in Klasse 4 finden wir die Mover. Da dieses Modell ebenfalls nicht paßt (L^2 bzw. korrigiertes L^2 beträgt 38.29 bzw. 34.30 bei 17 bzw. 12 df), soll darauf nicht weiter eingegangen werden.

Im folgenden Modell versuche ich es mit einem Vorschlag von CONVERSE (1964). Für den Fall, daß die Daten vom Black & White Modell abweichen, erwägt CONVERSE das Vorhandensein einer dritten Kraft ("third force") von Personen. Das sind solche Personen, für die eine Meinungsänderung von Zeitpunkt zu Zeitpunkt als zutreffend (echt) angenommen wird. Das entsprechende LCM ist somit hinsichtlich der Klassen 1-4 identisch mit dem Modell M2, enthält aber für die "third force" eine zusätzliche, fünfte Klasse, deren Parameter keinen Restriktionen unterliegen. Mit diesem Modell, das also Aspekte des Black & White Modells wie des Mover-Stayer Modells kombiniert, kommen wir jedoch auch nicht zum Ziel (L^2 bzw. korrigiertes L^2 betragen 30.28 bzw. 26.12 bei 18 bzw. 13 df. Hinweis: Wir haben 2 Freiheitsgrade mehr als erwartet, da 2 bedingte Wahrscheinlichkeiten in Klasse 5 den Grenzwert Null annehmen). Ich verzichte deshalb ebenfalls auf die Wiedergabe der Parameter dieses Modells.

Aus allen bisher betrachteten Modellen kann man nun wenigstens eine Schlußfolgerung ziehen: Die Annahmen hinsichtlich der Gruppen der Zeitstabilen und der Meinungslosen sind offenbar zu restriktiv. Mit Modell M4 möchte ich daher eine eigentlich naheliegende Erweiterung von JAGODZINSKI's M3 vorschlagen. M4 läßt Antwortunsicherheit für alle Typen zu allen Zeitpunkten zu, mit zwei Restriktionen: Materialisten ordnen sich nie der Postmaterialismus-Kategorie zu und vice versa (diese Restriktionen gelten schon unter M3). Antwortunsicherheit in dem entsprechenden 3-Klassen Modell ist also nichts anderes als Meßfehler in der Terminologie von DAYTON & MACREADY (1983). Tabelle 1 enthält die unter M4 erwarteten Häufigkeiten und Teststatistiken. Wir haben also endlich ein Modell, das mit den Daten in Einklang steht, und wollen daher die Parameter dieses Modells (vgl. Tabelle 4) etwas genauer betrachten.

Tabelle 4: Parameter für das Modell M4

Zeitpunkt	Kategorie	Klasse		
		1	2	3
<u>Bedingte Wahrscheinlichkeiten</u>				
t ₁	1	.876	.157	0
	2	.124	.722	.204
	3	0	.121	.796
t ₂	1	.956	.152	0
	2	.044	.785	.171
	3	0	.063	.829
t ₃	1	.906	.181	0
	2	.094	.789	.022
	3	0	.030	.978
<u>Klassenanteile</u>				
		.204	.578	.218

Anmerkung: Bedingte Wahrscheinlichkeiten von 0 sind a priori fixiert.

Wie die bedingten Wahrscheinlichkeiten zeigen, befinden sich in Klasse 1 die Materialisten (mit 20% der Stichprobe), in Klasse 2 die Mischtypen (58%) und in Klasse 3 die Postmaterialisten (22%). In allen Klassen und zu allen Zeitpunkten ist die bedingte Wahrscheinlichkeit für die die entsprechende Klasse kennzeichnende Referenzkategorie die weitaus höchste. Neben der Beurteilung der Meßfehler im Detail kann nun eine generellere Betrachtung unter zwei Gesichtspunkten erfolgen.

1.) Zeitpunkte: Die geschätzte Gesamtfehlerrate je Zeitpunkt ergibt sich als gewichtete Summe der bedingten Wahrscheinlichkeiten:

$$t_1 = .204(.124) + .578(.157 + .121) + .218(.204) = .230$$

$$t_2 = .204(.044) + .578(.152 + .063) + .218(.171) = .170$$

$$t_3 = .204(.094) + .578(.181 + .030) + .218(.022) = .146$$

Wir sehen also, daß der Meßfehler zum Zeitpunkt t_1 tatsächlich (wie von JAGODZINSKI vermutet) am größten ist und dann um 6% bzw. 2.4% abnimmt.

2.) Klassen: In jeder Klasse läßt sich die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Fehlers als gewichtetes Mittel der bedingten Wahrscheinlichkeiten bestimmen:

p (Fehlertyp in der ..Klasse)

Mischtyp	MAterialisten	= .204(.124+.044+.094)/3= .018
MA	MI	=.578(.157+.152+.181)/3=.094
PostMaterialisten	MI	=.578(.121+.063+.030)/3=.041
MI	PM	=.218(.204+.171+.022)/3=.029

Insgesamt gesehen finden wir somit die geringsten Fehler in der Klasse der Materialisten, gefolgt von den Postmaterialisten, sowie den Mischtypen. Addiert man nun diese 4 Wahrscheinlichkeiten, so ergibt sich .182 (dieser Wert ist identisch mit dem Mittel der Fehlerraten für die Zeitpunkte). Es zeigt sich also, daß das Instrument keineswegs so unreliabel ist wie es die Analysen von JAGODZINSKI vermuten lassen. Natürlich kumulieren sich die Meßfehler (allerdings nicht einfach additiv) über die Zeit. Die Dinge sehen daher etwas anders aus, wenn wir nur die Zeitstabilen betrachten. Das sind MA =.204*.876*.956*.906=.155, MI =.578*.722*.785*.789=.258, PM = .218*.796*.829*.978=.141, also insgesamt 55.4%. Der Rest (44.6%) sind Meßfehler, wobei es gleichgültig ist, ob sich eine Person nur zu einem, zu zwei oder zu allen drei Zeitpunkten einer Fehlerkategorie zugeordnet hat.

Da das Modell M4 mit den Daten verträglich ist, läßt sich schließlich überlegen, ob durch den einen oder anderen Satz von Restriktionen eine Vereinfachung dieses Modells (mit dem Ziel von einer geringeren Zahl zu schätzender Parameter) möglich ist. Die Ergebnisse von M4 legen zumindest die 3 folgenden 3-Klassen Modelle nahe (es werden grundsätzlich alle Null-Restriktionen für die bedingten Wahrscheinlichkeiten unter M4 beibehalten; aus Platzgründen verzichte ich auf die Wiedergabe der erwarteten Häufigkeiten wie der Modellparameter).

M5: Da die Meßfehler für die Klasse der Materialisten wie die der Postmaterialisten unter M4 im Vergleich zur Klasse der Mischtypen relativ



gering sind, wird ein Modell spezifiziert, das für die beiden ersteren Typen Stabilität wie unter M2 annimmt, für den Mischtyp dagegen Meßfehler wie unter M4 zuläßt. Wir können dieses Modell jedoch ausschließen ($L^2=38.82,18$ df, korrigiertes $L^2=29.92,12$ df). Wir müssen also auch für die Materialisten und Postmaterialisten Meßfehler berücksichtigen.

M6: Zwar hat Modell M4 gezeigt, daß die Meßfehler über die Zeit abnehmen, doch scheint der Unterschied zwischen den Zeitpunkten gering zu sein. M6 fordert daher identische Fehlerraten innerhalb jeder Klasse für alle Zeitpunkte. Somit sind 8 Parameter weniger zu schätzen als unter M4. Dieses Modell (es nimmt an, daß das Instrument zu jedem Zeitpunkt dasselbe mißt) ist sowohl mit den Daten verträglich ($L^2=21.24$ bei 20 df und korrigiertes $L^2=8.42$ bei 9 df) als auch nicht signifikant schlechter als M4.

M7: Unter diesem Modell wird gegenüber M4 für alle Zeitpunkte, alle Klassen und alle Fehlerkategorien eine einzige, einheitliche Fehlerrate angenommen. Es sind daher lediglich 3 nicht-redundante Parameter zu schätzen: eine bedingte Wahrscheinlichkeit für die Fehlerrate (hier mit .114 geschätzt) und zwei Klassenanteile. Auch dieses, zumindest hinsichtlich der Parameterzahl sehr restriktive Modell ist mit den Daten verträglich ($L^2=25.63$, df = 23, korrigiertes $L^2=12.99$, df = 12) und führt zu keiner signifikanten Verschlechterung der Anpassung gegenüber M4. Nach diesem Modell ist also die Gesamtfehlerrate ebenfalls identisch für alle Zeitpunkte, während sie für die Klassen der Materialisten und Postmaterialisten aufgrund der Gewichtung mit den (leicht unterschiedlichen) Klassenanteilen (kaum merklich) differiert.

Trotz der formalen Möglichkeit, M6 oder sogar M7 zu akzeptieren, favorisiere ich aus folgenden Gründen das Modell M4: Erstens erzählt M4 die ganze Geschichte über die Daten etwas differenzierter, und zweitens führen M6 und M7 substantiell zu keinen anderen Schlußfolgerungen als M4.

Alle bisher betrachteten Modelle haben nun leider einen Nachteil: Die Zugehörigkeit zu einer latenten Klasse wird als konstant über die Zeit angenommen, d.h. "real change" von einer Klasse in eine andere ist nicht möglich. Wollte man also sowohl Meßfehler als auch "real change" schätzen, so müßte man auf ein latentes Markov Ketten Modell zurückgreifen. Ein solches Modell wurde erstmals von WIGGINS (1955, vgl. auch WIGGINS, 1973 sowie LAZARSFELD & HENRY, 1968) vorgestellt. Zufriedenstellende Schätzalgorithmen



rithmen für dieses Modell bieten allerdings erst POULSEN (1982) oder BYE & SCHECHTER (1986). Wir brauchen dieses Modell hier allerdings nicht zu betrachten, da M6 ein Spezialfall davon ist. Denn M6 ist nichts anderes als ein stationäres LCM (d.h. von Zeitpunkt zu Zeitpunkt gibt es keinen Wandel), das identisch ist mit einem latenten Markov Ketten Modell, dessen Matrix der Übergangswahrscheinlichkeiten (von Klasse zu Klasse) gleich der Einheitsmatrix ist.

Schließlich ist anzumerken, daß sich das hier teilweise eingeschlagene explorative Vorgehen zwar in guter Gesellschaft mit der in der Literatur anzutreffenden Praxis befindet, daß aber zur Testung rivalisierender Hypothesen/Modelle neue Daten notwendig sind. Diese Testung könnte dann durch Latent-Class-Modelle durchgeführt werden, die die simultane Analyse mehrerer Gruppen = Datensätze (vgl. LANGEHEINE, 1987) erlauben.

Literaturverzeichnis

- AITKIN, M., ANDERSON, D. & HINDE, J.: Statistical modelling of data on teaching styles. *Journal of the Royal Statistical Society, Series A*, 1981, 144, 419-461.
- ANDERSEN, E.B.: Latent trait models and ability parameter estimation. *Applied Psychological Measurement*, 1982, 6, 445-461.
- ANDERSEN, E.B.: Estimating latent correlations between repeated testings. *Psychometrika*, 1985, 50, 3-16.
- ANDERSEN, E.B.: Comparison of latent structure models. Erscheint in R. LANGEHEINE & J. ROST (Eds.): *Latent trait and latent class models*. New York: Plenum, 1987.
- BLUMEN, I.M., KOGAN, M. & McCARTHY, P.J.: *The industrial mobility of labor as a probability process*. Ithaca: Cornell University Press, 1955.
- BYE, B.V. & SCHECHTER, E.S.: A latent Markov model approach to the estimation of response errors in multivariate panel data. *Journal of the American Statistical Association*, 1986, 81, 375-380.
- CLOGG, C.C.: *Unrestricted and restricted maximum likelihood latent structure analysis: A manual for users*. Working paper 1977-09. University Park: Population Issues Research Center, 1977.
- CONVERSE, P.E.: The nature of belief Systems in mass publics. In D.E. APTER (Ed.): *Ideology and discontent*. New York: The Free Press, 1964.



- CONVERSE, P.E.: Attitudes and non-attitudes: continuation of a dialog. In R. TUFTE (Ed.): The quantitative analysis of social problems. Reading: Addison-Wesley, 1970.
- DAYTON, CM. & MACREADY, G.B.: Latent structure analysis of repeated classifications with dichotomous data. *British Journal of Mathematical and Statistical Psychology*, 1983, 36, 189-201.
- DUNCAN, O.D.: Some models of response uncertainty for panel analysis. *Social Science Research*, 1985, 14, 126-141.
- GOODMAN, L.A.: The analysis of Systems of qualitative variables when some of the variables are unobservable. Part I - a modified latent structure approach. *American Journal of Sociology*, 1974, 79, 1179-1259.
- JAGODZINSKI, W.: Black & White statt LISREL? Wie groß ist der Anteil von "Zufallsantworten" beim Postmaterialismusindex? *ZA-Information* 19, 1986, 30-51.
- LANGEHEINE, R.: Log-lineare Modelle. In J. van KOOLWIJK & M. WIEKENMAYSER (Hrsg.): *Techniken der empirischen Sozialforschung*, Bd. 8 Kausalanalyse. München: Oldenbourg, 1986.
- LANGEHEINE, R.: New developments in latent class theory. Erscheint in R. LANGEHEINE & J. ROST (Eds.): *Latent trait and latent class models*. New York: Plenum, 1987.
- LAZARSELD, P.F. & HENRY, N.W.: *Latent structure analysis*. Boston: Houghton Mifflin, 1968.
- POULSEN, CS.: *Latent structure analysis with choice modeling applications*. (Doctoral Dissertation). Aarhus: Aarhus School of Business Administration and Economics, 1982.
- TAYLOR, M.C.: The black-and-white model of attitude stability: A latent class examination of opinion and nonopinion in the american public. *American Journal of Sociology*, 1983, 89, 373-401.
- WIGGINS, L.M.: *Mathematical models for the analysis of multiwave panels*. (Doctoral Dissertation). New York: Columbia University, 1955.
- WIGGINS, L.M.: *Panel analysis*. Amsterdam: Elsevier, 1973.

Dr. Rolf Langeheine
IPN an der Universität Kiel
Olshausenstr. 62
2300 Kiel 1



Über einige Anwendungs- und Interpretationsprobleme
„anspruchsvoller“ Schätzverfahren

(Entgegnung auf den Beitrag von Langeheine)

von Wolfgang Jagodzinski

Es freut mich sehr, daß die am Ende meines Aufsatzes geäußerte Anregung, sich mit den statistischen Modellen für qualitative Daten intensiver zu beschäftigen, so prompt aufgegriffen worden ist. LANGEHEINE präsentiert nicht nur einen interessanten Ansatz, der bei großem N dem von mir angewandten OLS-Schätzverfahren unbedingt vorzuziehen ist, er kommt auch zu anderen Schlußfolgerungen als ich. Zwar weichen unsere Ergebnisse nicht allzu stark voneinander ab, wenn man das Panel insgesamt betrachtet, denn nach LANGEHEINE wählen über 40% in mindestens einer Umfrage eine unzutreffende - d.h. ihrer Einstellung nicht entsprechende - Antwortsequenz, während es nach meinen eigenen Schätzungen über 50% der Respondenten sind. Unsere Ergebnisse differieren jedoch dramatisch, wenn man auf die einzelnen Panelwellen blickt: Nach LANGEHEINE schwankt der Anteil der unzuverlässigen Antworten zwischen 14.6% und 21%, nach meinen eigenen Schätzungen liegt er in jeder Befragung in der Nähe von 50%. LANGEHEINE behauptet zudem, daß harte statistische Kriterien zwischen seinem Modell M4 und meinem Modell M3 diskriminieren: Während M4 gut mit den Daten verträglich ist, sei M3 unhaltbar. Demgegenüber vertrete ich zwei diametral entgegengesetzte Thesen, die nachfolgend kurz begründet werden sollen:

These 1: In Anbetracht der geringen Zellenhäufigkeiten ist das von LANGEHEINE benutzte L^2 weder als deskriptives noch als inferenzstatistisches Anpassungsmaß geeignet und kann folglich nicht zwischen den Modellen M2-M4 diskriminieren.

These 2: LANGEHEINE überschätzt in seinem Modell M4 den Anteil der zuverlässigen Mischtypantworten ganz erheblich und gelangt vor allem deshalb zu völlig anderen Ergebnissen als ich.

1.) LANGEHEINE zieht als Anpassungsfunktion die Likelihood-Ratio-Chi-Quadrat-Statistik L^2 heran, wobei

$$(1) \quad L^2 = 2 \cdot \sum_i f_{b,i} \cdot \ln(f_{b,i} / f_{e,i}) .$$

Dabei sind $f_{b,i}$ und $f_{e,i}$ die beobachteten und die unter dem Modell erwarteten Häufigkeiten in der i -ten Zeile von Tabelle 1 (nachfolgend beziehe

ich mich der Einfachheit halber ausschließlich auf die Tabellen in LANGEHEINES Beitrag). Solange die Häufigkeiten nicht aggregiert werden, läuft der Index i von 1 bis 27. Im allgemeinen nimmt L^2 umso höhere Werte an, je stärker beobachtete und erwartete Häufigkeiten auseinanderklaffen. Dies gilt jedoch nicht, wenn die beobachtete Häufigkeit in der i -ten Zeile Null beträgt; weil der Logarithmus von Null nicht definiert ist, wird der i -te Summand in (1) auf Null gesetzt, es wird also so getan, als stimmten beobachtete und erwartete Häufigkeiten exakt überein. Dies geschieht, wenn die Daten in Tabelle 1 nicht aggregiert werden, ¹ in 9 von 27 Fällen. Ein Anpassungsmaß, das ein Drittel aller Abweichungen ignoriert, ist m.E. selbst für eine rein deskriptive Analyse unbrauchbar.

LANGEHEINE mildert das Problem insofern etwas ab, als er die Zellen mit einem Erwartungswert kleiner 1 zusammenfaßt. Beim Black & White-Modell M2 in Tabelle 1 werden also die sechs erwarteten Häufigkeiten von 0.45 zu einem Wert aufaddiert und ebenso die damit korrespondierenden beobachteten Häufigkeiten. Die Zahl der Nullzellen vermindert sich infolgedessen zwar um drei, aber immer noch bleiben bei der Berechnung von L^2 sechs von 22 Zellen unberücksichtigt.

Will man die Modellanpassung statistisch testen, führen nicht nur Nullzellen, sondern auch kleine erwartete Häufigkeiten zu Komplikationen, da die Testgröße L^2 bei kleinen Stichproben höchstens approximativ chiquadratverteilt ist. Dabei ist keineswegs geklärt, welchen Mindestwert die erwarteten Häufigkeiten erreichen bzw. überschreiten müssen, damit eine zufriedenstellende Approximation gewährleistet ist. Ähnlich wie beim Chiquadrat von PEARSON gilt im allgemeinen als ausreichend, daß bei mehreren Freiheitsgraden keine erwartete Häufigkeit die Zahl 5 unterschreitet. Sind zahlreiche Zellen vorhanden, so wird diese Bedingung von einigen Autoren noch etwas abgeschwächt. LANCASTER (1969) etwa erachtet die Approximation in solchen Fällen auch dann noch für akzeptabel, wenn ein Drittel bis ein Viertel der erwarteten Häufigkeiten zwischen 1 und 5 variiert. Nun genügt aber nicht einmal die verkleinerte Tabelle zu Modell M2 dem liberalisierten Kriterium von LANCASTER, denn in mehr als der Hälfte der 22 Zellen beträgt die erwartete Häufigkeit 1.81. Die Anwendung des Chiquadrat-Anpassungstests ist daher nicht gerechtfertigt.

m.E. führen die vorliegenden Simulationsstudien (vgl. etwa LARNTZ 1978; KOEHLER und LARNTZ 1980; KOEHLER 1986; weitere Nachw. bei



LANGEHEINE 1986) zu keiner anderen Beurteilung. Zwar wurden in solchen Studien auch Tabellen mit sehr niedrigen erwarteten Häufigkeiten analysiert, doch ging es meist um einfache Hypothesentests und nicht um komplizierte Modellanpassungstests, bei denen vorab mehrere Parameter geschätzt werden. Entfernte Ähnlichkeit mit der hier behandelten Konstellation hat vielleicht die Studie von KOEHLER (1986), die u.a. den Chiquadrat-Anpassungstest für hierarchische log-lineare Modelle zum Gegenstand hat, wobei sich die Simulationen freilich nur auf Modelle zur Überprüfung vollständiger statistischer Unabhängigkeit erstrecken. Was die Chiquadrat-Approximation von L^2 (bei KOEHLER: G_k^2) anbelangt, so fällt das Resumee sehr eindeutig aus: "The accuracy of the chi-squared approximation for G_k^2 in sparse tables is generally unacceptable for testing the fit of log-linear models" (KOEHLER 1986: 490). Nun wäre es gewiß falsch, solche Ergebnisse vorschnell zu generalisieren. Solange jedoch einschlägige Simulationsstudien fehlen, scheint es mir ein Gebot der Vorsicht, auf die Anwendung des Chiquadrat-Anpassungstests zu verzichten, wenn mehr als 50% der erwarteten Häufigkeiten unter 2 liegen und mehr als ein Viertel der beobachteten Häufigkeiten gleich 0 sind, wie dies beim Black & White-Modell M2 der Fall ist.

Natürlich könnte man noch weitere Zellen zusammenfassen. Beim Black & White-Modell M2 etwa könnte man zusätzlich auch noch die Häufigkeiten jener zwölf Zellen addieren, in denen der Erwartungswert 1.81 beträgt. Damit würden - und so könnte man diesen Schritt zu rechtfertigen versuchen - nicht nur alle Nullzellen beseitigt, es verbliebe auch nur noch eine einzige Zelle mit einer erwarteten Häufigkeit unter 5. Man braucht die statistisch-technische Problematik des Vorgehens gar nicht zu erörtern, denn eines ist auf Anhieb erkennbar: Je mehr Zellen zusammengelegt werden, desto mehr Möglichkeiten hat man, durch geschickte Aggregation den Modellfit zu verbessern. Im konkreten Fall stimmt die Summe der zwölf beobachteten Häufigkeiten (=23) mit der Summe der zwölf erwarteten Häufigkeiten (=21.72) schon recht gut überein. Durch eine einfache und zudem noch formal legitimierte Addition wären mit einem Schlage die meisten Unstimmigkeiten zwischen Modell und Daten beseitigt! Das L^2 würde nicht einmal die Zahl der Freiheitsgrade erreichen und mithin eine exzellente Anpassung an die Daten signalisieren - weit besser als jene, die LANGEHEINE für sein Modell M4 berichtet. Um nicht mehr Konsistenz zwischen Modell und Daten zu suggerieren, als tatsächlich existiert, habe ich in meiner Studie auf solche Aggregationen ganz verzichtet. Wie immer man sich aber zu dieser

Frage stellen mag, eine Konsequenz scheint mir ganz unvermeidlich: Analysiert man die Daten auf dem Aggregationsniveau, für das sich LANGEHEINE entschieden hat, so ist das L^2 sowohl als deskriptives wie auch als inferenzstatistisches Anpassungsmaß ungeeignet; faßt man weitere Zellen zusammen, so paßt bereits das Black & White-Modell ausgezeichnet zu den Daten. In keinem Fall leistet L^2 das, was es nach LANGEHEINE leisten soll, nämlich die Modelle M2 und M3 als empirisch nicht haltbar zurückzuweisen. Die erste These ist damit begründet.

2.) Die eben vorgetragenen Einwände richten sich gegen die Verwendung von L^2 als Anpassungsmaß, sie richten sich noch nicht gegen die von LANGEHEINE präsentierten Modelle. Viele dieser Modelle reproduzieren die beobachteten Häufigkeiten in Tabelle 1 keinesfalls schlechter als mein Modell M3, sie scheinen mir aber aus methodischen wie aus inhaltlichen Gründen inakzeptabel. Die nachfolgende Diskussion konzentriert sich ausschließlich auf das von LANGEHEINE letztlich favorisierte Modell M4 (vgl. LANGEHEINE 1987 S.53). Nach Tabelle 4 beträgt der Anteil der Mischtypen in diesem Modell .578. Von diesen $152 * .578 \approx 88$ Personen, deren Einstellungen sich voraussetzungsgemäß² während des Untersuchungszeitraums nicht ändern, sollen ca. 45% (= $.722 * .785 * .789 * 100$), also etwas 39 Personen, in allen drei Wellen zuverlässig antworten. Tatsächlich wählen, wie man der ersten Spalte in Tabelle 1 entnehmen kann, nur 38 Befragte in allen drei Wellen eine Mischtyp-Antwort, selbst dieser Anteil wird also leicht überschätzt. Doch ist das nicht der entscheidende Mangel von M4.

Entscheidend ist vielmehr, daß m.E. nicht jeder, der dreimal hintereinander eine Mischtyp-Antwort gibt, als zuverlässig antwortender, stabiler Mischtyp klassifiziert werden kann. Wer etwa in der ersten Welle 'Bekämpfung steigender Preise' und 'Partizipation' an erster und zweiter Stelle nennt, in der zweiten Welle 'Meinungsfreiheit' und 'Ruhe und Ordnung' und in der dritten Welle 'Ruhe und Ordnung' und 'Partizipation', wählt zwar drei "gemischte Antwortkombinationen", aber er antwortet nicht zuverlässig, denn ein Rückschluß auf die (als stabil vorausgesetzten) subjektiven politischen Präferenzen ist gerade nicht möglich. Zu einer abweichenden Beurteilung könnte man nur gelangen, wenn man von den in der Frage angesprochenen Politikgehalten gänzlich abstrahieren und nur noch darauf abstellen wollte, daß der Betreffende stets eine materialistische mit einer postmaterialistischen Antwort kombiniert. Die beiden materialistischen Ziele wären ebenso gegen-



einander austauschbar wie die beiden postmaterialistischen. Vielleicht lassen sich auch für ein solches behavioristisches Verständnis des Befragtenverhaltens in INGLEHARTs Schriften Anhaltspunkte finden, mir scheint es jedoch inadäquat. Daher bin ich davon ausgegangen, daß ein stabiler Mischtyp nur dann zuverlässig antwortet, wenn er in allen drei Wellen die gleiche Antwortkombination wählt. Erste und zweite Priorität mögen wechseln, doch müssen stets dieselben beiden Ziele genannt werden. Das Kriterium noch enger zu fassen, schien mir nicht sinnvoll, da ja auch für die Klassifikation als Materialist und Postmaterialist unerheblich ist, in welcher Reihenfolge die beiden einschlägigen Ziele genannt werden.

Insgesamt 21 Befragte wählen in der ALLBUS-Retest-Studie in allen drei Wellen die gleiche "Mischkombination", wobei mit Abstand am häufigsten 'Meinungsfreiheit' und 'Ruhe und Ordnung' kombiniert werden. Auf diesen Tatbestand hatte ich in meinem Aufsatz ausdrücklich hingewiesen. Akzeptiert man also das von mir vorgeschlagene Kriterium, so überschätzt LANGEHEINE den Anteil der zuverlässigen Mischtypantworten ganz erheblich.

Wenn sich dies nicht in einer schlechten Modellanpassung bemerkbar macht, so nur deshalb, weil die entsprechenden Antwortsequenzen in Tabelle 1 nicht gesondert ausgewiesen sind. Der Tabelle ist nur zu entnehmen, daß 38 Personen dreimal hintereinander eine Mischtyp-Antwort geben, nicht aber, ob sie in allen drei Wellen die gleiche "Mischkombination" gewählt haben oder nicht. LANGEHEINEs Modell paßt also nicht zu den Daten. Diese Fehlspezifikation ist auch der Hauptgrund, weshalb die Schätzungen der Modelle M3 und M4 so weit auseinanderliegen.

3.) Damit erweist sich LANGEHEINEs Kritik in meinen Augen als wenig stichhaltig. Weder eignet sich L^2 , zwischen den Modellen M2-M4 zu diskriminieren, noch ist sein Modell M4, wenn man alle in der Stichprobe enthaltenen Informationen auswertet, mit den Beobachtungen verträglich. In gewisser Weise stellen das Black & White-Modell M2 und LANGEHEINEs Modell M4 Extrempositionen dar. Nach M4 wird die beobachtete Fluktuation ausschließlich durch Antwortunsicherheit von Personen mit festen Einstellungen bzw. - im konkreten Fall - mit stabilen politischen Zielvorstellungen hervorgerufen, nach M2 dagegen ausschließlich durch Meinungslosigkeit. M.E. gibt es plausible Gründe, weshalb Befragte bezüglich der Rangordnung der Zielprioritäten keine feste Meinung haben, wenn sich dies in der ALLBUS-Retest-Studie auch nicht empirisch belegen läßt. Meinungslos



könnten zum einen Personen sein, für die politische Themen im allgemeinen oder/und die in der Frage angesprochenen politischen Ziele im besonderen eine sehr geringe Zentralität haben. Meinungslosigkeit könnte aber auch bei Individuen auftreten, die sich für Politik interessieren, die aber einige der in der Frage erwähnten Politikziele gleichermaßen positiv bewerten. Sie werden durch das Item gezwungen (forced choice), als gleichrangig erachtete Ziele in eine Rangordnung zu bringen, wodurch bei ihnen eine Form von Cross-Pressure erzeugt wird.³ Wenn solche Personen in ihrem Urteil schwankend werden, so entspricht das den Vorhersagen einiger Konsistenztheorien.⁴

Meinungslosigkeit findet also gerade bei Forced-Choice-Items eine einfache und anschauliche Interpretation. Daß daneben bei Befragten mit klaren Zielprioritäten auch Antwortunsicherheit entstehen kann, wird bereits in meinem Modell M3 postuliert. Dieses Modell läßt sich als ein Versuch deuten, zwischen den beiden Extremen M2 und M4 zu vermitteln. Wenn Antwortunsicherheit hier auf die erste Welle beschränkt wurde, so hatte das allein methodisch-technische Gründe. Ein angemessenes Modell müßte also, wie ich bereits in den Schlußbemerkungen angedeutet hatte, neben Meinungslosigkeit auch Antwortunsicherheit in allen drei Wellen zulassen - es wäre, wenn man so will, eine Fortentwicklung der Modelle M2-M4.

Selbst wenn die Koeffizienten eines solchen Modells schätz- und interpretierbar wären, so ließe sich doch nicht zeigen, daß es mit den ALLBUS-Retest-Daten wesentlich besser verträglich ist als etwa M3. Noch viel weniger ließe sich ausschließen, daß ganz anders spezifizierte Modelle gleich gut oder besser zu den Daten passen. Auf die vieldeutigen Beziehungen zwischen Modellen und Daten hatte ich ja schon in der Einleitung

5

meines Aufsatzes hingewiesen. Sogar die den Modellen M2 und M4 zugrundeliegenden beiden Extrempositionen lassen sich durch Zusatzannahmen etwa über systematische Antworttendenzen bei (einigen) Meinungslosen oder über kompliziertere Formen des Meßfehlers bei (einigen) Wertträgern weitgehend immunisieren. Sieht man einmal von den oben (unter 2.)) beschriebenen Komplikationen ab, so illustrieren die von LANGEHEINE vorgestellten Modelle das Problem beobachtungsäquivalenter oder fast beobachtungsäquivalenter Lösungen auf eindrucksvolle Weise.

Anmerkungen

- 1 Bei Berechnung des jeweils ersten L^2 , das LANGEHEINE für ein Modell berichtet, werden sämtliche 27 Zellen berücksichtigt.
- 2 Im Unterschied zu LANGEHEINE scheint mir die Annahme stabiler Orientierungen in der ALLBUS-Retest-Studie vergleichsweise unproblematisch, da die erste und dritte Befragung nur ca. acht Wochen auseinanderliegen.
- 3 Die Vergabe von Prioritäten mag besonders schwer fallen, wenn Zielkonflikte oder Tradeoffs nicht vorhanden sind bzw. nicht erkannt werden: Warum soll man überhaupt Preisstabilität und Meinungsfreiheit rangordnen, wenn die Verwirklichung des einen Ziels die des anderen nicht beeinträchtigt!
- 4 Zugunsten von Forced-Choice-Items ist oft vorgebracht worden, sie seien nicht so schief verteilt wie Fragen nach der Wichtigkeit von Valenzissues. Diese Verteilungsprobleme entstünden wahrscheinlich auch bei den im Postmaterialismusitem genannten Politikzielen, denn auch hier würden die meisten Befragten die Verwirklichung eines jeden der vier Ziele für 'sehr wichtig' oder 'wichtig' erachten. Andererseits wird gerade an der ALLBUS-Retest-Studie ein Nachteil von Forced Choice deutlich: Weil für Befragte, die die verschiedenen Ziele als gleichrangig erachten, eine Cross-Pressure-Situation entsteht, sind die von ihnen genannten Rangordnungen äußerst instabil. Personen unter Cross-Pressure haben genau genommen keine Meinung darüber, wie die Politikziele rangzuordnen sind.
- 5 Dort ging es primär um die Frage, ob sich der Status der latenten Variablen eindeutig bestimmen läßt.

Literatur

- JAGODZINSKI, W. (1986): "Black & White statt LISREL? Wie groß ist der Anteil der Zufallsantworten beim Postmaterialismusindex?" ZA-Information 19, 30-51.
- KOEHLER, K.J. (1986): "Goodness-of-Fit Tests for Log-Linear Models in Sparse Contingency Tables." Journal of the American Statistical Association 81, 483-493.
- KOEHLER, K.J. und LARNTZ, K. (1980): "An Assessment of Several Asymptotic Approximations for Sparse Multinomials." Journal of the American Statistical Association 75, 336-344.
- LANCASTER, H.O. (1969): "The Chi-Squared Distribution." New York: Wiley.
- LANGHEINE, R. (1986): "Log-lineare Modelle." In J. v. KOOLWIJK und M. WIEKEN-MAYSER (Hrsg.), Techniken der empirischen Sozialforschung. Bd. 8: Kausalanalyse. München: Oldenbourg.
- LANGHEINE, R. (1987): "Black & White, anfängliche Antwortunsicherheit, Mover-Stayer, Third Force oder was? Ein paar weitere Überlegungen zu Jagodzinski's Analyse des Postmaterialismus Panels." ZA-Information 20 (der vorstehende Beitrag).
- LARNTZ, K. (1978): "Small-Sample Comparisons of Exact Levels for Chi-Squared Goodness-of-Fit Statistics." Journal of the American Statistical Association 73, 253-263.

Prof. Dr. Wolfgang Jagodzinski
Universität Bremen
Fachbereich 8
Studiengang Soziologie
2800 Bremen 33



Wie sollte Übereinstimmung gemessen werden?

von Victor Thiessen

Methodenkritische Ansätze zur Überprüfung der Validität und Reliabilität von Befragtenangaben im Interview bedienen sich gerne des Vergleichs von Aussagen zweier Personen über dieselbe Sache. Befragungen von Ehepaaren bieten beispielsweise den Vorteil, daß Übereinstimmungen zwischen Mann und Frau gemessen werden können. Einige Forscher bewerten dabei Nichtübereinstimmung als zufällige Meßfehler, andere dagegen versuchen eine theoretische Erklärung für die gemessenen Differenzen mittels kognitiver Dissonanz oder symbolischem Interaktionismus (vgl. z.B. SZINOVACZ, 1984). Wieder andere beschränken sich auf die Analyse einzelner Variablen und bieten kein theoretisches Modell zur Erklärung der Unterschiede an (HUBER und SPITZE, 1983). Auf der Basis solcher Ehepaarbefragungen zeigten MEULEMANN (1984) und HAHN et al. (1984), daß z.B. der Meßfehler für einige Hintergrundvariablen gering ist. Ferner gaben sie Hinweise, wie Fragestellungen und Antwortkategorien verbessert werden könnten, um Meßfehler zu verringern.

Dennoch sind die bisherigen Versuche, die Gründe der Übereinstimmung (bzw. Nichtübereinstimmung) zu erklären, enttäuschend. Dies liegt sicher auch mit daran, daß die methodologischen Probleme bei diesem Thema besonders schwierig sind. So ist die Meßfehlerbelastung einer "Differenz-Variablen" rein theoretisch größer als die einer "einfachen Variablen", weil in die Differenz einmal der Meßfehler der ersten, und dann auch noch der der zweiten Variable eingeht. Daraus folgt, daß sich der zufällige Meßfehler vergrößert, wenn, wie üblich, die Nichtübereinstimmung als die numerische Differenz zwischen "seinen" und "ihren" Antworten gemessen wird. Das daraus resultierende methodologische Problem ist jedoch nicht die Hauptursache der bislang enttäuschenden Ergebnisse, sondern daß ein nicht adäquates mathematisches Modell zugrunde gelegt wird. Übereinstimmung wird in der Regel auf eine der beiden folgenden Weisen operationalisiert: Entweder wird der einfache oder der absolute Wert der Differenz zwischen den Antworten von Mann und Frau herangezogen. Da die absolute Differenz systematische Unterschiede zwischen den Geschlechtern verdecken würde, werde ich mich in diesem Bericht auf die einfache Differenz beziehen.

Zunächst soll der Modellfehler erklärt und dann das von uns vorgeschlagene Modell beschrieben werden. Danach werden wir Daten, die uns von



HAHN et al. (1984) zur Verfügung gestellt wurden, verwenden, um zu zeigen, wie die Verwendung eines inadäquaten Modells zu fehlerhaften Schlüssen führen kann.

Die Zusammenhänge werden in den meisten Untersuchungen zum Thema der Nichtübereinstimmung als Regressionsmodell dargestellt:

$$(M - F) = a + b_1 X_1 + \dots + b_n X_n + U \quad (1)$$

In dieser Gleichung steht $(M - F)$ für die numerischen Differenzen der Antworten von Männern und Frauen; die X_i sind die unabhängigen Variablen, die als mögliche Ursachen der Nichtübereinstimmung eingeführt werden; die b_i sind die Regressionskoeffizienten; "a" ist der konstante Anteil und "U" der Fehlerterm.

In dieser Form betrachten auch HUBER und SPITZE (1983) die Nichtübereinstimmung von Hausarbeitsverteilung. Sie fanden beispielsweise heraus, daß die Übereinstimmung bei den Ehepaaren geringer ist, wenn die Frau berufstätig ist.

Auch wenn die Regressionsanalyse nicht explizit angewandt wurde, so wird doch meist implizit nach dieser Logik verfahren. Wird z.B. durch einen t-Test die Häufigkeit der Übereinstimmung der Paare, bei denen die Frau berufstätig ist, mit jenen Ehepaaren, bei denen sie Hausfrau ist, verglichen, wird das Resultat zu gleichen Schlußfolgerungen führen wie bei der Anwendung der Regressionsanalyse (vgl. THIESSEN, 1987). So kamen auch MEULEMANN (1984) und HAHN et al (1984) zu dem Schluß, daß die Übereinstimmung bei Doppelverdienern geringer ist.

Der wichtigste Punkt ist aber, daß das Resultat in dieser Form grundsätzlich nicht sinnvoll ist, da es einen Spezifikationsfehler enthält. Unterstellen wir zwei unterschiedliche Meßzeitpunkte für die Befragung, so ist schon seit langem bekannt, daß das Modell

$$(Y_{t2} - Y_{t1}) = a + b_1 X_1 + \dots + b_n X_n + U \quad (2)$$

nicht adäquat ist. Diese Gleichung ähnelt Gleichung (1), lediglich "M" und "F" sind gegen \bar{Y}_{t2} und \bar{Y}_{t1} ausgetauscht worden. Der Fehler ergibt sich daraus, daß \bar{Y}_{t1} (der Wert irgendeiner abhängigen Variable im ersten Zeitpunkt) gewöhnlich eine Ursache für \bar{Y}_{t2} (der Wert derselben abhängigen Variable im zweiten Zeitpunkt) darstellt. Bekannt ist aber, daß irgendeine erklärende Variable (hier \bar{Y}_{t1}) immer auf der rechten Seite der Gleichung



stehen muß. Darüber hinaus fehlt bei der Modellspezifikation auch gleichzeitig eine Variable, die als erklärende dienen könnte, nämlich die Y_{t1} . Bekanntlich führt aber das Weglassen einer erklärenden Variablen dann zu fehlerhaften (biased) Schätzungen der Regressionskoeffizienten, wenn die weggelassene Variable (**hier Y_{t1}**) mit einer oder mehreren "X-Variablen" korreliert (JOHNSTON 1972: 168-169). Damit steht fest, daß Y_{t1} als unabhängige Variable in das Modell eingeführt werden muß.

Die adäquaten Modelle für Werte, die einer Veränderung unterliegen, sind:

$$(Y_{t2} - Y_{t1}) = a + b_{t1} Y_{t1} + b_1 X_1 + \dots + b_n X_n + U \quad (3)$$

oder

$$Y_{t2} = a + b^*_{t1} Y_{t1} + b_1 X_1 + \dots + b_n X_n + U \quad (4)$$

Gleichung (4) läßt sich aus Gleichung (3) herleiten, da $b^*_{t1} = (b_{t1} + 1)$ (vgl. auch WERTS und LINN, 1970: 19).

Dieses Problem besteht auf allen Gebieten, in denen die abhängige Variable als Differenz zweier Variablen definiert ist, da das Differenzmaß hoch mit den zwei Komponenten, hier den Antworten beider Ehepartner, korreliert. Eine Ursache hierfür ist, daß die Antwortdifferenz vom Ausprägungsniveau der verwendeten Skalen abhängig ist. Dieses methodologische Artefakt ist als "zensierte Skala" bekannt. Dies soll an einem Beispiel näher erläutert werden. Gehen wir einmal von der Frage aus, wieviel Aufgaben der Mann im Haushalt übernimmt. Nehmen wir weiter an, daß die Hausarbeiten, zwischen Mann und Frau in Prozentzahlen aufgeteilt, erfragt werden. Bezogen auf die Differenzbildung werden nun die Implikationen deutlich: Wird von einem Partner ein Wert vorgegeben, der im oberen Bereich der Skala liegt, dann kann der Wert des zweiten Partners nur mit geringer Wahrscheinlichkeit noch höher liegen. Gleiches gilt für den Fall, daß ein Wert am unteren Skalenrand vorgegeben ist. Ganz anders ist aber die Situation, wenn zunächst ein Wert in der Mitte der Skala vorgegeben wird. Jetzt sind Abweichungen in beide Richtungen gleichwahrscheinlich. Empirische Ergebnisse, so z.B. BERGER-SCHMITT (1986), haben nun gezeigt, daß sich bei Berufstätigkeit der Frau die Werte im oberen Skalenbereich bewegen (ca. 80%), während im Vergleich dazu nichtberufstätige Frauen ca. 65% der Hausarbeiten erledigen. Daraus folgt, daß entweder Gleichung (3) oder (4) zu verwenden ist, nie aber Gleichung (1). Inkonsistente Ergebnisse in der Literatur sind also möglicherweise auf diese Fehlspezifikation zurückzuführen.

Kehren wir zurück zu den Ergebnissen von HUBER und SPITZE (1983), die herausfanden, daß die Übereinstimmung der Ehepartner über die Hausarbeitsverteilung geringer ist, wenn die Frau berufstätig ist. Es könnte sein, wie auch HUBER und SPITZE vermuten, daß die Ehemänner in Ehen, in denen die Frau berufstätig ist, ihre eigene Rolle höher bewerten, da sie sich bewußt sind, daß sie die Norm eines Gleichgewichts der Aufgabenverteilung nicht erfüllt haben. Ebenso plausibel ist aber, daß diese Ergebnisse nur auf dem zuvor genannten statistischen Artefakt beruhen. Wie schon erwähnt, wird in der familiensoziologischen Literatur häufig bestätigt, daß der Anteil der Haushaltsaufgaben, die der Mann erledigt, größer ist, wenn die Frau einen Beruf ausübt. Das Problem der "zensierten Skala" könnte deshalb mit der Berufstätigkeit der Frau verbunden sein.

Es ist eindeutig, daß Y_{t1} eine Ursache für Y_{t2} sein kann, aber nicht umgekehrt. Sollen die Determinanten der Übereinstimmung ermittelt werden, so ist es nicht sinnvoll, die Antworten des Mannes oder der Frau als "Ursachen" der Übereinstimmung zu betrachten. Deshalb sollte die Differenz zwischen den Antworten der Ehepartner als abhängige Variable nicht benutzt werden, da unklar bleibt, ob die Antwort des Mannes oder die der Frau als unabhängige Variable eingeführt werden muß - eine Unterscheidung, die sehr wohl von Bedeutung ist. Daher sollte nur Gleichung (4) benutzt werden.

Für die weitere Darstellung werden nun die von HAHN et al. (1984) erhobenen Paardaten verwendet.¹ Da hier keine inhaltlichen Ergebnisse vorgestellt werden sollen, sondern nur die methodologischen Probleme eine Erklärung finden sollen, werde ich die Daten nicht näher in ihren Einzelheiten erläutern.

Als anschauliches Beispiel habe ich die Übereinstimmung bei der Nennung der Hausarbeitenverteilung herausgegriffen. Beide Partner wurden getrennt über die Verteilung von 16 Aufgaben und Tätigkeiten, u.a. "Frühstück zubereiten", "Einkaufen" und "Bankangelegenheiten" befragt. Die Antwortkategorien waren: "überwiegend Frau", "gemeinsam", "abwechselnd" und "überwiegend Mann". Diese Antwortvorgaben habe ich, wie HUBER und SPITZE, recodiert, so daß 0 = überwiegend Frau, 0,5 = gemeinsam oder abwechselnd und 1 = überwiegend Mann bedeuten. Die erhaltenen Codes wurden über die 16 Aufgaben summiert und anschließend die Summe durch die Anzahl der genannten Angaben dividiert. Somit ist es möglich, Aussagen über die proportionale Verteilung der Haushaltsaufgaben zu machen.



Es ist ersichtlich, daß es zwei unterschiedliche Typen von Nichtübereinstimmung geben kann: systematische Unterschiede und zufällige Meßfehler. Die systematische Komponente liegt in dem Mittelwertsunterschied bei den Antworten von Männern und Frauen. Aus dem Zusammenhang der Antworten beider Partner ist es möglich, die zufällige Komponente herauszurechnen. Beide Komponenten des Meßfehlers können simultan in einer Regressionsanalyse geschätzt werden. Dazu ist es nötig, daß die Hausarbeitserledigung von Männern und Frauen als Abweichung vom Mittelwert der Antworten der Frauen gemessen wird, somit $F' = F - \bar{F}$ und $M' = M - \bar{F}$. Für unser Beispiel ergibt sich:

$$M' = 0,66F' + 0,047$$

Da beide Variablen als Abweichung vom Mittelwert der Frauenantworten gemessen worden sind, enthält das Y-Interzept die systematische Meßfehlerkomponente. In diesem Fall zeigt uns das Y-Interzept, daß es einen systematischen Unterschied zwischen dem Antwortverhalten von Männern und Frauen gibt: Männer schätzen ihren Beitrag um 4,7% höher ein. Der Regressionskoeffizient ($b = 0,66$) zeigt, daß für eine jeweils drei Prozent höhere Schätzung der Frau, die Schätzung des Mannes sich um etwas über 2% erhöht. Da in dieser Formulierung der Regressionskoeffizient immer einen Wert zwischen -1 und +1 haben muß, kann er als Maß der Übereinstimmung benutzt werden. Je höher der Regressionskoeffizient, desto stärker ist die Antwort des Mannes von der Antwort der Frau abhängig. Somit enthält diese Formulierung zwei wichtige und trennbare Teile der Übereinstimmung: das Y-Interzept und den Regressionskoeffizienten.

Tabelle 1: Interkorrelationen der Variablen

	M	F	M-F	B
M	-			
F	0,71	-		
(M-F)	0,29	-0,47	-	
Berufstätig (B)	0,29	0,36	-0,12	-

In Tabelle 1 sind die Interkorrelationen der relevanten Variablen dargestellt. Hierbei steht "B" für die Berufstätigkeit der Frau. Diese Variable wird als



eine Dummy-Variable eingeführt, in der "0 = die Frau ist nicht vollzeitig berufstätig" und "1 = die Frau ist vollzeitig berufstätig" bedeutet. Wie erwartet sind die Antworten der Männer und der Frauen mit dem Differenzindikator (M - F) korreliert: Je größer, nach Ansicht des Mannes, der von ihm zu erledigende Anteil von Haushaltsaufgaben ist, desto größer ist die Differenz in der Einschätzung der Partner. Umgekehrt gilt, je geringer der Anteil der Hausarbeiten des Mannes nach der Einschätzung der Frau ist, desto größer ist die Differenz ($r = 0,29$ bzw. $-0,47$). Dies ist eine weitere Bestätigung der Ablehnung von Gleichung (1).

Ferner wird aus Tabelle 1 ersichtlich, daß der Differenzindikator negativ mit der Berufstätigkeit korreliert. Demzufolge wäre bei berufstätigen Paaren die systematische Nichtübereinstimmung geringer ($r_{B, (M-F)} = -0,12$). Dem empfohlenen Modell zufolge gilt jedoch:

$$M' = 0,64F' + 0,010B + 0,042$$

Nach dieser Schätzung ist die systematische Nichtübereinstimmung bei Ehepaaren, in denen die Frau berufstätig ist, nicht geringer, sondern um 1% höher.

Werden weitere unabhängige Variablen in das Regressionsmodell eingeführt, zeigen uns die Regressionskoeffizienten, inwieweit die systematische Nichtübereinstimmung mit diesen Variablen verknüpft ist. Ebenso lassen sich in dem Modell interagierende Variablen als Determinanten der zufälligen Nichtübereinstimmung interpretieren. Nehmen wir nochmals die Berufstätigkeit der Frau als Beispiel und führen sie als unabhängige Variable in das Modell ein. Zusätzlich kann diese Variable mit der Antwort der Frau über die Hausarbeitsverteilung multipliziert werden. Es entsteht die interagierende Variable "I". Werden beide Variablen in die Regression eingeführt, ergibt sich:

$$M' = 0,60F + 0,011B + 0,080I + 0,040$$

Da die Berufstätigkeit der Frau eine Dummy-Variable ist, können wir das Maß der Übereinstimmung zwischen berufstätigen und nicht-berufstätigen Ehepaaren separat bewerten. Für nicht-berufstätige Ehepaare gilt:

$$M' = 0,60F + 0 + 0 + 0,040 = 0,60 F + 0,040$$

Für berufstätige Ehepaare ergibt sich:

$$M' = 0,60F + 0,011 + 0,080F + 0,040 = 0,68F + 0,051$$

Vergleichen wir beide Regressionsanalysen, so lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Der systematische Meßfehler ist bei den doppelverdienenden Ehe-



paaren höher (um etwa 1,1%), während der zufällige Meßfehler geringer ist. Dieses Beispiel zeigt, daß das empfohlene Modell die systematische Nichtübereinstimmung von dem zufälligen Meßfehler trennt, beide Teile können separat interpretiert werden, **die sich** widersprechenden Ergebnisse lösen sich auf.

Anmerkung

1 Ich möchte mich bei ECKERT und HAHN für die zur Verfügung gestellten Daten bedanken.

Literatur

- BERGER-SCHMITT, Regina (1986): Innerfamiliäre Arbeitsteilung und ihre Determinanten, in: Wolfgang GLATZER und Regina BERGER-SCHMITT (Hrsg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe: Die alltäglichen Leistungen der Haushalte und Familien. Frankfurt: Campus Verlag, S. 105-140.
- HAHN, Alois; Clemens KLEIN und Helmut STEFFES (1984): Wirkliche und fiktive Übereinstimmung: Eine Analyse der Antwortkonstellationen zwischen Ehepartnern, S. 157-184, in: Heiner MEULEMANN und Karl-Heinz REUBAND (Hrsg.): Soziale Realität im Interview: Empirische Analysen methodischer Probleme. Frankfurt: Campus Verlag.
- HUBER, Joan und Glenna SPITZE (1983): Sex Stratification: Children, Housework, and Jobs. New York: Academic Press.
- JOHNSTON, J (1972): Econometric Methods, 2nd edition. New York: McGraw-Hill.
- MEULEMANN, Heiner (1984): Gemeinsamer Alltag - geteilte Perspektiven? Die Übereinstimmung zwischen Mann und Frau in einer repräsentativen Befragung von Ehepaaren, S. 207-239, in: H. MEULEMANN und K.-H. REUBAND (Hrsg.): Soziale Realität im Interview: Empirische Analysen methodischer Probleme. Frankfurt: Campus Verlag.
- SZINOVACZ, Maximiliane E. (1984): Differierende Antwortmuster in Ehepartnerbefragungen: Ein theoretischer und empirischer Erklärungsversuch, S. 185-206, in: H. MEULEMANN und K.-H. REUBAND (Hrsg.): Soziale Realität im Interview: Empirische Analysen methodischer Probleme. Frankfurt: Campus Verlag.
- THIESSEN, Victor (1986): Lessons learned from dyadic discrepancy research. Unveröffentlicht.
- WERTS, Charles E. und Robert L. LINN (1970): A general linear model for studying growth. Psychological Bulletin, S. 17-22.

Prof. Dr. Victor Thiessen
Department of Sociology and Social Anthropology
Dalhousie University
Halifax, N.S.
Canada



Von Glasnost zu „Dschojnt Wentschurs“ in der Sozialforschung?
Bericht über ein Trainingsseminar „Komparative Forschung“
in Moskau

Was heute zum Alltag in den Kooperationsbeziehungen der Datenarchive westlicher Industrienationen gehört, findet mit den Staaten des Ostblocks bisher nur in äußersten Ausnahmefällen statt. Der Zugang zu Daten aus Erhebungen der Sozialforschung ist - selbst wenn ihre Existenz bekannt wird - praktisch nicht möglich. Ausnahmen bildeten hier durch das Wiener Zentrum (European Coordination Center for Research and Documentation in Social Sciences) koordinierte Forschungsprojekte in Ost und West, hin und wieder glückte auch eine ganz kleine, individuell vereinbarte Lösung. Aber selbst in der Datenkollektion der klassischen Zeitbudget-Studie von Alexander SZALAI et al. fehlt bis heute der Datensatz aus der Sowjetunion.

Ein wesentlicher Fortschritt wurde mit der Aufnahme von TARKI, dem neugegründeten ungarischen Datenarchiv, in die International Federation of Data Organizations for the Social Sciences (IFDO) geschaffen. Ähnliche Kontakte gab es früher mit Polen. Für die Sowjetunion, die DDR und weitere COMECON-Länder aber fehlen sie ganz.

Das Interesse an komparativen Datensätzen wurde schon vor Jahren von beiden Seiten bekundet. Vor zwei Jahren wurde bei einer Konferenz von ECSSID (European Cooperation in Social Science Information and Documentation) in Athen vorgeschlagen, Forschungsprojekte mit Daten, die für komparative Zwecke geeignet wären, zu identifizieren. Im vergangenen Jahr griffen Oskar VOGEL, Direktor des Wiener Zentrums (inzwischen von Frantisek CHARVÁT turnusgemäß abgelöst) und Georgy SOLOVIEW (Scientific Secretary) den Vorschlag für ein Trainingsseminar in "Methoden und Techniken der Datenarchivierung" auf. Ein internationales Organisationskomitee erarbeitete das Programm für das Trainingsseminar "Information Needs, Problems and Possibilities in Comparative Social Science Research". Hierzu fanden sich etwa 60 Teilnehmer aus Ost und West in der Zeit vom 5. - 10. April 1987 in Moskau ein. Gastgeber und mit dem Wiener Zentrum für die Organisation verantwortlich war INION (Institute of Scientific Information in Social Sciences of the USSR Academy of Sciences). Als Referenten aus der Bundesrepublik Deutschland waren eingeladen Karl A. STROETMAN (Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn) mit einem Vortrag zum Thema "Information Needs and adequate Information Services



in Social Sciences" und der Berichterstatter zum Vortrag mit anschließendem Workshop zum Thema "Data Archives and Their Use" (zusammen mit Paul de GUCHTENEIRE vom Steinmetz Archive Amsterdam).

Jan BERTING (Erasmus Universität Rotterdam) referierte über den Forschungsprozeß bei international vergleichender Forschung unter besonderer Berücksichtigung des Ost-West-Vergleichs. Tom WILSON (University of Sheffield) berichtete über Forschungsergebnisse explorativer Studien in England zum Thema "The Use of Computer-Assisted Information by Researchers and Decision-Makers". Koreferent war Peter HEGEDUS von der Karl Marx Universität Budapest. Über Aufgaben und Leistungsstand der Informationsverarbeitung in der Sowjetunion unterrichteten Liparit KIUZADJAN (INION), William KHISAMUTDINOV (New Information Technology: State-of-the-Art and Prospects) und Robert MDIVANI (Linguistic Tools for Multilingual Bibliographical Data bases). Leszek KASPRZYK (Warsaw University) sprach über Probleme sozialwissenschaftlicher Information aus Sicht der UN. Pal VASARHELYI vom Computer and Automation Institute, Budapest stellte ISIS, ein sehr leistungsfähiges Informationsretrieval System für Microcomputer vor. Dieses Programm wird von UNESCO kostenlos für nicht-kommerzielle Anwendungen zur Verfügung gestellt.

Bemerkenswert war die überaus engagierte Beteiligung und der Wunsch nach weiterer Vermittlung praktischer Kenntnisse in Methodik und Technik der Datenarchivierung und -aufbereitung. Das Verfahren der Studienbeschreibung und Rückgewinnung konnte mit einem LIDOS Datenpool ausgewählter Zentralarchiv- und Steinmetz-Studienbeschreibungen praktisch demonstriert werden. Hierzu hatte ich einen Toshiba T2100 (mit Winchester 10 Mio. Byte nur 5,9 kg Gewicht) nach Moskau ein- und wieder ausgeführt. Dazu mußte in der Bundesrepublik beim Bundesamt für Wirtschaft eine spezielle Genehmigung beantragt werden. In Moskau reichte die Angabe des Gerätes auf der Rückseite der Deviseneinfuhrerklärung aus.

Die eigentliche Neuigkeit wartete, wie so häufig, außerhalb des Seminars. Auf Einladung eines der aufmerksamsten Teilnehmer, Vladimir G. ANDREYENKOV besuchten wir das Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften. Dort wurde uns - bis zu diesem Moment hatten wir von seiner Existenz nichts gewußt - das sozialwissenschaftliche Datenarchiv mit Magnetbändern für etwa 600 Studien vorgestellt. Eine Titelliste mit



einem Verzeichnis der Studien in kyrillischer Schrift, ansonsten im Format der ZA-Liste vergleichbar, lag vor. Am Bildschirm-Terminal folgte dann eine noch größere Überraschung. Nach Vorgabe eines Suchbegriffs erschienen, wieder in kyrillisch, aber deutlich erkennbar im vertrauten Format des Zentralarchiv-Rückgewinnungssystems die einschlägigen Fragentexte mit zugehörigen Antwortkategorien aus den gespeicherten Studien des sowjetischen Archivs. Unsere Gastgeber hatten die Besuchsberichte ihrer Kollegen beim Zentralarchiv und die mitgebrachten Publikationen offensichtlich gründlich ausgewertet. Die an uns gerichtete Frage: "So weit sind wir, wie können wir weitermachen?" führte zur Vereinbarung eines Informations- und Mitarbeiteraustausches. Den Datenaustausch hatten wir im vergangenen Jahr zumindest in einer Richtung mit Magnetband und Codebuch des ALLBUS 1982 begonnen. Inzwischen erreichte uns der Bericht über die ersten Forschungsergebnisse einer Teenagerbefragung in der Sowjetunion zum Thema Abrüstung. Datenbänder aus der Sowjetunion liegen uns noch nicht vor, wohl aber ein Aufnahmeantrag in die International Federation of Data Organizations for the Social Sciences.

Glasnost war nur dann ein Thema, wenn es von westlicher Seite angesprochen wurde. Dann aber wurde bei Mineralwasser (Dewis Treswost = Devise Nüchternheit) freimütig darüber diskutiert. Ebenso offen wurde das Interesse an "Dschojnt Wentschurs" (englisch: Joint ventures) bekundet. So bleibt als überraschender Reiseeindruck: In diesem Frühling ist Demokratisierung vielleicht seltener Thema, aber allenthalben spürbar. Den überaus freundlichen Abschiedsworten sollen bald auch Daten folgen.

Ekkehard Mochmann



Stellungnahme der Sektion Methoden der Deutschen
Gesellschaft für Soziologie zur Volkszählung 1987

Anläßlich der Frühjahrssitzung der Sektion Methoden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter dem Rahmenthema "Massenumfragen und Amtliche Statistik" in Nürnberg am 10./11.4.1987 hat die Sektion Methoden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zur anstehenden Volkszählung wie folgt Stellung genommen:

- 1) Die Sektion Methoden hält Vollerhebungen in regelmäßigen Abständen für notwendig. Dies ergibt sich vor allem aus den Erfordernissen zuverlässiger Informationen über die Grundgesamtheit als Grundlage sozialwissenschaftlicher Stichprobenverfahren. Die Verfügbarkeit von sachlich und räumlich tiefgegliederten Daten erlaubt überdies sozialwissenschaftliche Analysen, die mit Hilfe der üblichen Stichproben nicht durchführbar sind.
- 2) Die Sektion Methoden unterstützt alle Bestrebungen nachhaltig, die eine datenschutzrechtlich einwandfreie Durchführung der Volkszählung 1987 gewährleisten und eine mißbräuchliche Verwendung der Daten ausschließen.
- 3) Es wird empfohlen, die Suche nach Alternativen und die Verbesserung der derzeit benutzten Instrumente voranzutreiben. Insgesamt plädiert die Sektion Methoden für eine stärkere Flexibilisierung der Instrumente der amtlichen Statistik und eine stärkere Öffnung auch für die Bedürfnisse der empirischen Sozialforschung.
- 4) Weiterhin drängt die Sektion Methoden auf eine in Zukunft deutlich verbesserte Vermittlung der Notwendigkeit und Nutzung der verschiedenen Erhebungen der amtlichen Statistik in der Öffentlichkeit. Ein erster Schritt könnte die bessere Zugänglichkeit der Daten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysen sein. Die Sektion Methoden erklärt ihre Bereitschaft, diesen Vermittlungsprozeß zu unterstützen.

Nürnberg, den 10.4.1987

Der Sprecher der Sektion, Prof. Dr. Heiner Meulemann

Methodische Probleme der Volkszählung in den USA

C.F. CITRO und M.L. COHEN: *The bicentennial census. New directions for methodology in 1990*, 404 Seiten. Washington, DC. 1985: National Academy Press US-\$ 23.95.

Volkszählungen, so scheint ein Blick auf andere Länder zu bestätigen, ziehen immer häufiger Kritik auf sich. Doch die Kritik meint nicht überall dasselbe, die Fronten zwischen Volkszählungskritikern und der Administration wechseln. Wie kaum ein Zensus vorher wurde der letzte amerikanische Zensus von 1980 Gegenstand massiver Angriffe. Anders als die Kritik an der gegenwärtigen Volkszählung in der Bundesrepublik geriet jedoch nicht die Tatsache der Volkszählung in das Blickfeld, sondern die Tatsache mangelnder Vollständigkeit. Verschiedene Organisationen riefen gar Gerichte an, um sich gegen eine "unvollständige" Erfassung zu wehren und eine vollständigere Erfassung zu erreichen. Ähnlich die Situation in Kanada: Als sich das Zensusbureau dort aus finanziellen Gründen zum Verzicht auf eine der Fünfjahres-Zensusserhebungen entschließen wollte, schwoll der Proteststrom in der Öffentlichkeit derart stark an, daß die Erhebung dann schließlich doch noch stattfand.

Der Band von CITRO und COHEN ist ein Abbild dieses Diskussionsklimas in US-amerikanischem Kontext und gleichzeitig ein Versuch, die Voraussetzungen für die allgemein geforderte Verbesserung des Zensus zu schaffen. Der Band faßt die Ergebnisse einer externen Expertenkommission zusammen, die im Auftrag des amerikanischen Zensusbureaus eine Bestandsaufnahme vornahm und Anregungen für den geplanten Zensus von 1990 gibt. Diskutiert werden Ausfälle und Versuche ihrer genaueren Bestimmung mittels Vergleich mit anderen Datenquellen, Schätzverfahren zur Gewichtung alternativer Verfahren und Empfehlungen, in welcher Weise das Fragenprogramm verbessert werden kann. Besonders die Fragen nach der Rassenzugehörigkeit und nach der Haushaltszusammensetzung gelten nach wie vor als ein Problem, das vertiefender Analyse bedarf. Was auf den ersten Blick eindeutig scheint, erweist sich bei näherem Hinsehen vielfach als ein Problem: Ist die Hautfarbe ein Maßstab? Und wenn ja, wann ist dann die Grenze zum "Weißen" bzw. "Schwarzen" überschritten? Soll der Interviewer urteilen, oder ist es eine Frage der Selbsteinstufung durch den Befragten? Einige der damit zusammenhängenden Fragen sind gelöst, andere nicht. Und was vielleicht noch schwerer wiegt: Die durch unterschiedliche Behörden ge-



sammelten Statistiken verwenden unterschiedliche Kriterien. Probleme der Vergleichbarkeit sind vorhanden.

Viele der Diskussionen mögen sehr stark auf den amerikanischen Zensus bezogen sein und Sozialforscher im allgemeinen weniger interessieren; der Band enthält darüber hinaus aber auch einige Informationen von allgemein sozialwissenschaftlichem Interesse. So bietet er u.a. einen historischen Überblick über die Volkszählungen seit Bestehen der Vereinigten Staaten, eine Übersicht über die methodischen "reverse record check"-Studien und einen Versuch, die Nutzung des Zensus durch Wissenschaft, Verwaltung und die Politik u.a. anhand einer Fallstudie zu dokumentieren. Wenn auch die Beschreibung in letzterem Falle sehr knapp ausfällt, handelt es sich hier doch um eine wichtige (und durchaus auch für die Bundesrepublik erwägenswerte) Ergänzung: nicht nur, weil nach außen hin für die Öffentlichkeit der Sinn und Zweck der Erhebungen dokumentiert und noch besser legitimiert werden könnte, sondern auch, weil das Fragenprogramm und die Verwendungsmöglichkeit stärker aufeinander abgestimmt und Nutzungsmöglichkeiten weiter optimiert werden könnten. Denn eines ist sicher und gilt wohl nicht nur für die USA: Der Druck auf die Zensusbehörden, Einsparungen im Bereich der Erhebungen vorzunehmen, wird weiter ansteigen. Kosten-Nutzen-Abwägungen werden an Bedeutung gewinnen. Dies aber wird nicht nur anhand der Kosten, sondern auch anhand der Nutzung entschieden.

Karl-Heinz Reuband

Neuere Methodenliteratur

C.F. TURNER und E. MARTIN, Hrsg., *Surveying subjective phenomena*. 2 Bde., 1120 Seiten. New York 1984: Russel Sage Foundation.
Beide Bände zusammen US \$ 75.00.

Die Literatur zur Methodenforschung ist alles andere als ausgewogen. Fortschritte in den Methoden, so scheint der Blick in die einschlägigen Periodika zu zeigen, sind im wesentlichen mit der Weiterentwicklung von Analyseverfahren identisch. Man verfährt so, als wären hier bereits alle Fragen gelöst. Probleme der Datenerhebung bleiben ausgespart. Daß man durch dieses Ausblenden wichtiger Fragen und deren empirische Analyse der Probleme nicht gewahr wird, die bereits in der Datenerhebung anfallen, das zeigen eindrucksvoll die von TURNER und MARTIN herausgegebenen Bände über Probleme der Umfrageforschung. Sie stellen eine Bestandsaufnahme des National Research Council in der National Academy of Science und der Russel Sage Foundation dar. Anlaß dazu waren ursprünglich Verwirrungen, die aus den scheinbar widersprüchlichen Befunden verschiedener Umfragen zum gleichen Thema erwachsen, gepaart mit einer Kritik in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft an Erscheinungen der Umfrageforschung. Zum Teil in Reaktion darauf kam es zur Bildung einer Kommission, die in systematischer Weise eine Dokumentation des bisherigen Wissens - z.T. auf der Basis eigens durchgeführter Erhebungen - unternahm.

Behandelt wird in den beiden Bänden mehr oder minder das gesamte Spektrum möglicher "Fehler"quellen im Prozeß der Datenerhebung: Frageformulierungen ebenso wie Probleme der "non-attitudes", der sozialen Interaktionssituation im Interview, Probleme der Erwünschtheit oder der Messung scheinbar eindeutiger, und doch mehrdeutiger sozialer Tatbestände (wie ethnische Zugehörigkeit oder Arbeitslosigkeit). Fragen der Analyse unter Berücksichtigung von Fehlern in Umfragen werden ebenfalls in einigen Beiträgen abgehandelt, bleiben jedoch gegenüber Problemen der Datenerhebung eher im Hintergrund. Beiträge zur Geschichte und zur Verbreitung der Umfrageforschung dazu runden die beiden Bände ab. Die Bestandsaufnahme zeigt deutlich auf, wie groß die offenen Fragen sind, die noch der systematischen, empirischen Analyse bedürfen. Vieles, was in den 40er und frühen 50er Jahren in der Methodenforschung thematisiert und untersucht wurde, bedarf - nach Zeiten langer Abstinenz - der Fortsetzung und Vertiefung. Die beiden

Bände, obwohl nicht gerade preisgünstig, stellen zweifellos eine der wichtigsten Neuerscheinungen zur Methodenforschung dar und werden lange Zeit ein Standardwerk bleiben.

W. BELSON, *Validity in survey research*, 565 Seiten. Aldershot, Hants 1986: Gower US \$ 49.50.

Wie prekär oft die Phase der Datenerhebung und die Datenlage ist, zeigt in einer Reihe empirischer Analysen auch William BELSON auf. In dem Buch "Validity of survey research" werden verschiedene ältere, bislang unveröffentlichte Studien zusammengeführt, die BELSON seit Beginn der 60er Jahre in England durchführte. Er stellt hier vor allem seine Technik des "Intensive Interviewing" vor. Die Befragten werden, nachdem sie im Rahmen eines standardisierten Erhebungsverfahrens interviewt wurden, nach kurzer Zeit - möglichst noch innerhalb des gleichen Tages - erneut von einem anderen Interviewer aufgesucht. Mit der Begründung, Datenerhebungsverfahren zu überprüfen, werden Fragen zum gleichen Sachverhalt wie im ersten Interview gestellt und in einer anschließenden Phase die Ergebnisse mit denen des ersten Interviews konfrontiert. Dies geschieht für eine Reihe unterschiedlicher Verhaltensdaten - vom Schokoladenkonsum bis hin zum Lesen von Tageszeitungen und Magazinen. Die Ergebnisse dieser Analyse erbringen z.T. durchaus nennenswerte Abweichungen zwischen den beiden Interviews. Und sie zeigen zugleich, wie sehr diese Abweichungen durch falsch verstandene Fragen auf Seiten des Befragten, wie durch falsches Interviewerverhalten, bedingt werden. Die Arbeiten von BELSON machen deutlich, wie viele Dinge von Forschern als selbstverständlich und routinehaft empfunden werden, sich jedoch bei näherem Hinsehen als nicht unproblematisch erweisen. Statt die Datenqualität nachträglich durch entsprechende Analyseverfahren (mehr oder minder unvollständig) zu korrigieren, erscheint es weitaus sinnvoller, sich von vornherein auf die Verbesserung der Datenqualität zu konzentrieren.

Karl-Heinz Reuband



ZA-Information

Visiting Fellowship at the Zentralarchiv

Das Zentralarchiv lädt in- und ausländische Sozialwissenschaftler zu Forschungsaufenthalten am Institut ein. Nachfolgend erläutern wir die Konditionen, zu denen dies möglich ist.

The Zentralarchiv invites applications to its Visiting Fellowship Program from social scientists interested in undertaking Substantive or methodological research based on its archive-holdings. The Zentralarchiv holds more than 1400 machine-readable survey data sets. In particular it contains a large number of holdings in the fields of political science, sociology, and education. All available surveys relate to post-war Germany or to Germany in a comparative context; they include the "classical" academic surveys, and commercial surveys of interest to social scientists (e.g. the regulär opinion polls).

Fellows are provided with: (1) office facilities and personal service of technical advice and data management (but not data analysis) from the archive's staff, (2) access to all the archive's holdings (subject to the normal conditions imposed by depositors), (3) storage and processing of the Fellow's own data sets, (4) access to the Cologne University's Computing facilities (CDC, Cyber 72/76 or at Zentralarchiv, IBM 4361) and Services as it is provided for any member of the University. The archive is not in a position to provide salary or any secretarial or research assistance and applicants are encouraged to explore the possibilities of obtaining grants to meet such costs from their home institutions.

Fellows may be asked to give some regular seminars or class Instruction based on their research during their visit. The amount would depend on the length of their fellowship and the nature of their work in relation to the interests of the social science departments in the university, but would not, in any event, be very heavy. Fellows will be required to deposit permanently data sets brought with them for use during the period of their stay. Applications (including a curriculum vitae) should be addressed to the executive manager of the Zentralarchiv.

There are no deadlines for applications.



ZA-Information

Announcing ISSC STEIN ROKKAN PRIZE in Comparative Research

The International Social Science Council, in conjunction with the Conjunto Universitario Candido Mendes (Rio de Janeiro) announces that the next STEIN ROKKAN PRIZE will be awarded in November 1988.

The prize is intended to reward an original contribution in comparative social science research by a scholar under forty years of age on 31st December 1988. It can be either an unpublished manuscript of book length or a printed book or collected works published after December 1985.

Four copies of manuscripts typed double space or of printed works should be delivered to the International Social Science Council before 15 March 1988, together with a formal letter of application with evidence of the candidate's age attached. Work submitted will be evaluated by the International Social Science Council with the assistance of appropriate referee or referees.

The AWARD will be made at the ISSC General Assembly meeting in November 1988. Its decision is final and not subject to appeal or revision.

The Prize is US \$ 2,000. It may be divided between two or more applicants, should it be found difficult to adjudicate between equally valuable works submitted.

For further enquiries, please write to:

The Secretary General
International Social Science Council
UNESCO - 1 rue Miollis
75015 Paris, France